



Termine Themen Texte

Heft 37 – April 2007



Herausgegeben von der
Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.

Unser Titelfoto zeigt einen Hinweis auf die 725-Jahr-Feier des lebendigen Dorfes Sehestedt/Kreis Rendsburg-Eckernförde am 12. und 13. Mai 2007.

Impressum

Herausgeberin:

Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.
Horst Müller (V.i.S.d.P.)

Geschäftsstelle:

Carlstraße 169, 24537 Neumünster

Telefon: 0 43 21 - 90 71 50, Fax: 0 43 21 - 90 71 54

E-Mail: info@alr-sh.de

Internet: www.alr-sh.de

Redaktion: Andrea Weigert

Foto des Titelblattes: Steffen Krüger

Druck: Heider Offsetdruckerei Pingel-Witte

Die Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Staatssekretär a.D. Rüdiger v. Plüskow (Vorsitzender)

Helga Klindt, Präsidentin des LandFrauenVerbands

Schleswig-Holstein e.V. (stellvertretende Vorsitzende)

Jörg Bülow, Geschäftsführer des S.-H. Gemeindetages

Jürgen Feddersen, MdL

Propst i.R. Manfred Kamper

Landrat Dr. Jörn Klimant

Bürgermeister a.D. Horst Müller (geschäftsf. Vorstandsmitglied)



EDITORIAL

Liebe Mitglieder unserer Akademie, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Aussichten verbessern sich, die ländlichen Regionen zukunftsfähig zu machen. Nach anfänglichem Zögern wird der Grundsatz von der Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land in allen wichtigen politischen Stellungnahmen der EU, des Bundes und der Länder ausdrücklich bekräftigt. Das ist zu begrüßen. Am Ziel werden wir jedoch erst sein, wenn dieser Verfassungsgrundsatz konkret so mit Leben erfüllt wird, dass er den gegenwärtigen Rahmenbedingungen gerecht wird.

Die von der ALR und der Nordelbischen Kirche gegründete Koalition für die ländlichen Räume will dazu einen wichtigen Beitrag leisten. In 6 Arbeitskreisen werden praktische Vorschläge für die Entwicklung der ländlichen Regionen unter Beteiligung aller verantwortlichen Institutionen erarbeitet. Im Mittelpunkt steht dabei die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in einem dafür notwendigen wirtschaftlichen und kulturellen Umfeld. Diese Arbeit soll im kommenden Frühjahr und damit rechtzeitig vor der Kommunalwahl im Mai 2008 beendet sein.

Die Gesamtheit dieser Vorschläge der Koalition soll sich wirksam einfügen in die Arbeit der in Entstehung begriffenen Aktiv-Regionen zur Umsetzung des Landesprogramms. Erfolg werden die vor allem auf das Engage-

ment der Regionen selbst gestützten Anstrengungen aber nur dann haben, wenn die Kofinanzierung durch staatliche Förderung gesichert ist. Die drastische Kürzung der Mittel für die ländliche Entwicklung in der Förderperiode 2007 bis 2013 durch die EU-Regierungschefs gegen den ausdrücklichen Widerstand der EU-Kommission ist ein schlechtes Signal. Eine zusätzliche Verminderung der Landesmittel, um notwendige Maßnahmen für den Küstenschutz zu finanzieren, würde eine weitere Schwächung der ländlichen Entwicklung bedeuten. Gerade zu Beginn des neuen Programms wäre ein solches Vorgehen ein unglückliches Startsignal für die Zukunft, das vermieden werden muss.

Unabhängig davon muss es ein vorrangiges Ziel sein, die ländliche Entwicklung finanziell zu stärken. Die EU-Agrarkommissarin verdient Unterstützung für ihre Forderung, bereits in der laufenden Förderperiode mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. In jedem Fall muss dies nach 2013 geschehen. Die Diskussion über die Verwirklichung dieses Ziels muss heute beginnen, bevor die erforderlichen Gelder von anderen, durchaus populären Politikbereichen vereinbart werden.

*Rüdiger von Plüskow
Vorsitzender der ALR*

In diesem Heft:

Editorial	3
Termine	5
Themen	
Das Dorf lebt	10
Wirtschaftliche Situation in einem ländlich strukturierten Kreis: Das Beispiel Dithmarschen	14
Aus der Arbeit der Akademie	
Effektivere und effizientere Politik für ländliche Räume	23
Das Geschaffene für die Zukunft erhalten	25
Energiepioniere in der Sackgasse	29
Aus der Arbeit des Europe Direct	
„Für ein starkes Europa“: Berliner Erklärung 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge	32
Europa im Haus der Akademien	34
Neue Website „50 Wege vorwärts“	35
Europa-Defizit in deutschen Klassenzimmern	36
Nürnberger Erklärung, Ziele der deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich nachwachsender Rohstoffe als Chance für den ländlichen Raum	37
Europaweites Beratungsnetzwerk „Eurojus“ gibt Antworten auf Rechtsfragen	39
Fotowettbewerb: Europäisches Lebensgefühl	40
Ausschreibung Jugend für die Welt	40
Literaturtipps	41
Texte	
Prof. Dr. Ulf Hahne: Vom Rand der Verantwortungsgemeinschaft. Ländliche Räume und die Neubewertung des Gleichwertigkeitsziels	44
Adressenverzeichnis der Veranstalter	56



TERMINE

Wir bitten unsere Vereinsmitglieder um die Mitteilung ihrer Veranstaltungstermine, die die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins betreffen. Für nähere Informationen bzw. Anmeldungen wenden Sie sich bitte direkt an die Veranstalter. Die Adressen finden Sie am Ende dieses Heftes (s. Seite 56).

Konferenzreihe „Die Zukunft ländlicher Räume“ des BMELV (Bundeslandwirtschaftsministerium)

Welchen Herausforderungen müssen sich ländliche Räume stellen? Worin liegen ihre Stärken und Chancen und welche Faktoren fördern bzw. hemmen deren Aktivierung? Welchen Beitrag kann die Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume leisten? Diese und daran anknüpfende Fragen werden im Rahmen der Konferenzreihe diskutiert.

(Nähere Informationen siehe unter www.bmelv.de)

24.05.2007

Infrastruktur in ländliche Räume

Veranstaltungsort: Magdeburg

26.06.2007

Neue Ansätze ländlicher Entwicklung: Good Practice-Beispiele

Veranstaltungsort: Cham/Oberpfalz

Sept. 2007

Abschlussveranstaltung in Berlin

Mai 2007

Vortrag

08.05.2007

Schleswig-Holsteins Schulen im Aufbruch

Bildungsministerin Erdsiek-Rave stellt die wichtigsten Veränderungen durch das neue Schulgesetz und deren Umsetzung vor.

Veranstalter und Ort: Hermann Ehlers

Akademie, Kiel, 19:00 Uhr

- Seminar**
09.05.2007
- Schlechtes Klima – Wird unsere Welt G8-er?**
- Klimagerechtigkeit – ein Praxisthema
 - G8-Treffen in Heiligendamm
 - Internationale Finanz- und Energiepolitik
 - Millenniumsentwicklungsziele
- Veranstalter und Ort: Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein, Neumünster
-
- Tagung**
09.-12.05.07
- Frühjahrstagung der ASG in Schleswig:
Innovative Ansätze in der ländlichen Entwicklung:
„Deutschland, Dänemark, Finnland“**
- Die Vortrags- und Diskussionsveranstaltung am 10.05.07 wird durch 3 alternative Exkursionen, einmal zur ländlichen Entwicklung nach Südtondern und Südjütland (2-tägig) sowie die Schleiregion (eintägig) und zum zweiten zu Land- und Ernährungswirtschaft in Südjütland (eintägig) ergänzt.
- Veranstalter: Agrarsoziale Gesellschaft Göttingen
Ort: Schleswig, Schloß Gottorf
-
- Vortrag**
24.05.2007
- Handlungskonzept Tourismus:
Aufbruch in Schleswig-Holstein**
- Prof. Dr. Björn Bloching, Partner von Roland Berger, Hamburg spricht über das neue Tourismusgutachten für Schleswig-Holstein
- Veranstalter und Ort:
Hermann Ehlers Akademie, Kiel, 19:00 Uhr
-
- Seminar**
30.05.2007
- Nachhaltige Mobilität im Urlaub:
Chancen für den Tourismus in Schleswig-Holstein**
- Nachhaltige Mobilität im Urlaub
 - Touristische Mobilitätskonzepte mit Schwerpunkt Fahrradtourismus
 - Klimaschutz
- Veranstalter und Ort: Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein, Neumünster

Juni 2007

- Wanderung**
01.06.2007
Bei urigen Rindern und wilden Pferden
Wanderung zu den „Auerochsen“ und Koniks in der offenen Weidelandschaft Eidertal.
Veranstalter: Natur- und Landschaftsführerinnen S.-H. e.V.
Treffpunkt: Techelsdorf, 16:00 Uhr, Dauer ca. 2 Stunden
(auch 7.7., 14:00 Uhr und 10.8., 16:00 Uhr)
- Aktionstage**
08.-09.06.2007
„Geo – Tag der Artenvielfalt“
im Naturschutzgebiet Wildes Moor bei Schwabstedt/Treene/Lehmsieker Wald.
Veranstalter: Naturschutzstation Eider-Treene-Sorge, Bergenhusen
- Seminar**
14.06.2007
Landschaftswandel und Landnutzung in Schleswig-Holstein
Schwerpunkte: Landschaftswandel durch Landnutzung, Klima- und Witterungseinflüsse auf Landschaften, historische Entwicklung schleswig-holsteinischer Landschaften an Beispielen, Schleswig-Holsteins Landschaften in 100 Jahren
Fragestellungen: welche Landschaftsveränderungen soll man zulassen und welche verhindern, welche Landschaften sind schützenswert und welche schützbar?
Veranstalter und Ort: Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein, Neumünster
- Exkursion**
14.06.2007
„Flederlausch“
Fledermaus-Exkursion im Naturschutzgebiet Hohner See.
Veranstalter: Naturschutzstation Eider-Treene-Sorge, Bergenhusen,
Treffpunkt: Natur- und Umweltschutzzentrum Hohner See, 21:30 Uhr

Tagung **Europa als Wertegemeinschaft?**
15.-17.06.2007 Veranstalter und Ort: Europäische Akademie
Schleswig-Holstein, Sankelmark in Zusammenarbeit mit
der Academia Baltica, Lübeck

Tagung mit **Dorfkirchen in Nordfriesland**
Exkursion Nordfriesland besticht durch seine Landschaft und seine
22.-24.06.2007 Geschichte. Lebendige Zeugen dieser Geschichte sind bis
heute vor allen auch die Kirchen, die – Leuchttürmen
ähnlich – die Landschaften prägen und den Menschen als
Orientierung dienen. Die Tagung nimmt ausgewählte
Kirchen mit ihrer Vielfalt der kleinen und großen
Kunstwerke in Augenschein.
Veranstalter:
Akademie Sankelmark im Deutschen Grenzverein

August 2007

Wanderung **Fünf – Brücken – Tour**
02.08.2007 Eine natur- und landschaftskundliche Erlebniswanderung
am Gotteskoog-See. Neben dem Entdecken der Tier- und
Pflanzenwelt gibt es Informationen über die Entwicklung
eine Landschaft kombiniert mit dem Erlebnis von Ruhe
und Weite.
Veranstalter:
Natur- und Landschaftsführerinnen S.-H. e.V.
Treffpunkt: Infohütte Gotteskooger See,
Beginn 19:00 Uhr
(auch 19.8., 14:00 Uhr), Dauer: 2,5 ca. Std.

- Sommerfahrt Nordfriesland per Fahrrad für Seele und Leib**
20.-25.08.2007 Sommerfahrt für Jung und Alt. Die Sommerfahrt ist für alle Generationen und Familien geeignet. Neben den Fahrradtouren stehen das gemeinsame Spielen und Gespräche im Mittelpunkt.
Veranstalter: Christian Jensen Kolleg, Breklum
- Seminar Neue Aufgaben und Strategien für die Entwicklung von Kulturlandschaften**
29.08.2007 Durch den Einfluss des Menschen haben sich vielfältige Kulturlandschaften entwickelt. Heute werden oftmals differierende Ansprüche an die Landschaft gestellt, die ausgewogene Managementkonzepte erfordern. Ziel des Seminars ist es, Möglichkeiten für verträgliche Erholungsnutzungen aufzuzeigen und an Beispielen zu erläutern.
Veranstalter: Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein, Neumünster in Kooperation mit der ALR

Wir brauchen Ihre Mitarbeit!

Ein interessantes Mitgliederheft lebt vom Engagement seiner Leserschaft.

Bitte senden Sie uns Berichte, Informationen und Hinweise aus Ihrer Arbeit, die auch anderen Mitgliedern Anregungen geben könnten.

Leserbriefe nehmen wir ebenfalls gern entgegen.
Der Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 28. Juli 2007.



An dieser Stelle sollen regelmäßig Nachrichten veröffentlicht werden, die die ländlichen Räume betreffen. Wir bitten unsere Mitglieder der Akademie und alle interessierten Leser uns dafür geeignete Beiträge und Hinweise zukommen zu lassen.

Das Dorf lebt

„Beitrag von Prof. Dr. Gerhard Henkel, Fürstenberg, Professor für Anthropogeographie an der Universität Duisburg-Essen. Prof. Henkel hat sich als Erforscher des ländlichen Raums einen Namen gemacht und das Standardwerk »Der ländliche Raum – Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland« geschrieben

Gerade junge Familien wohnen gern im Grünen, im öffentlichen Bewusstsein aber spielt der ländliche Raum kaum eine Rolle.

Das Dorf hat es nicht leicht. Es ist die beliebteste aller Siedlungsformen, erfährt jedoch durch Medien, hohe Politik und Wissenschaften eine eher geringe Wahrnehmung und Wertschätzung. Die Beschreibungen und Bewertungen des Dorfs sind oft widersprüchlich: Mal wird sein Ende beschworen, dann wieder wird es als Garten Eden oder Aktivposten des Staats gepriesen.

Streusiedlungen oder Gutsdörfer, Kloster- oder Winzerorte – was heißt da schon typisch?

Wie kommt es zu diesen Marginalisierungen und widersprüchlichen Bewertungen des Dorfs? Die Antwort ist zunächst einfach: Das Dorf ist nicht leicht zu fassen. Zum einen haben die fließenden, aber durch-

schlagenden Wandlungsprozesse von der Agrar- zur Industrie- und Städtegesellschaft besonders in den vergangenen sechzig Jahren auch den ländlichen Raum nachhaltig verändert. Das Dorf hat – von Region zu Region und von Ort zu Ort sehr unterschiedlich - seine Gestalt, seine überkommenen Funktionen, seine traditionellen Lebensinhalte gewandelt. Ein paar Zahlen: Von den 100 bis 150 Bauernhöfen, die um 1950 noch in mittelgroßen Dörfern bestanden, sind bis heute höchstens 10 bis 15 übrig geblieben. Ähnliche Verluste gelten für das Dorfhandwerk und die Forstwirtschaft. Dazu kommen gravierende Infrastrukturverluste: Post, Molkerei und Polizeiposten, Schule, Bürgermeisteramt und Rathaus, Gasthöfe und Läden, Genossenschaft.

Eine weitere Zugangshürde besteht darin, dass es das Dorf oder den

ländlichen Raum nicht gibt. Dörfer und ländliche Regionen sind äußerst vielfarbig und tiefgründig zugleich. Ihre ausgeprägten regionalen und lokalen Individualitäten, ihre vielschichtigen Potenziale und Probleme entziehen sich einer einfachen Darstellung und Generalisierung.

Welche Region könnte den ländlichen Raum in Deutschland repräsentieren: die Einzelhof- und Streusiedlungsgebiete im Nordwesten oder die städteähnlichen Dorflandschaften des Südwestens, die Gutsdörfer Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns, die Klosterdörfer Bayerns und Westfalens oder die Arbeiterbauernndörfer des Saarlands und Sachsens, die Dörfer und Weiler des Mittelgebirges oder der Küste, die Bördendörfer oder die Winzerdörfer Süddeutschlands?

Die größte Aufmerksamkeit gilt meist den peripheren Dorfregionen abseits der Ballungsgebiete und Großstädte, die – vor allem im deutschen Nordosten – von Abwanderung und Stagnation betroffen sind. Den Gegenpol bilden die ballungsraum- und großstadtnahen Dörfer, die permanentem Siedlungsdruck ausgesetzt sind. Dazwischen liegt die große Gruppe der Dörfer im Einflussbereich von Klein- und Mittelstädten. Dorfregionen mit sehr hohen und sehr niedrigen Arbeitslosenquoten stehen einander gegenüber, ohne dass man auf den ersten Blick deren Ursachen erkennt. Generell

gibt es große Unterschiede zwischen kleinen Dörfern mit etwa hundert Einwohnern und großen bis zu 10 000 Einwohnern, nicht nur bei den Arbeitsplätzen und der Infrastrukturausstattung, sondern beispielsweise auch im Vereinsleben. Wer vermag ein „typisches“ Dorf zu benennen oder zu definieren? Selbst kleinräumige Vergleiche zwischen benachbarten Dörfern lassen oft Kontraste bezüglich des Siedlungsbildes, des Wirtschafts- und Sozialgefüges sowie der Entwicklungsdynamik erkennen.

Der ländliche Raum spielt im öffentlichen Bewusstsein eine geringere Rolle, als ihm eigentlich zusteht.

Rein numerisch hat der ländliche Raum noch ein großes Gewicht: Gut die Hälfte der Bevölkerung und 90 Prozent der Fläche des Staats gehören zum ländlichen Raum. Auch ökonomisch ist der ländliche Raum nicht von vornherein das Armenhaus der Nation. Natürlich gibt es viele ländliche Gebiete, die von hoher Arbeitslosigkeit und Abwanderung betroffen sind. Auf der anderen Seite stehen jedoch reiche oder aufstrebende Agrarlandschaften mit baulich und infrastrukturell attraktiven und intakten Dörfern. So finden sich beispielsweise in Westfalen oder Baden-Württemberg prosperierende Dorflandschaft mit sehr geringer Arbeitslosigkeit und zahlreichen

mittelständischen Firmen, die erfolgreich für den Weltmarkt produzieren.

Dennoch spielt der ländliche Raum im öffentlichen Bewusstsein eine geringere Rolle, als ihm eigentlich zusteht. Wie ist dies zu erklären? Der Hauptstrom der Meinungsbildung in unserer Gesellschaft geht von den Zentren der Medien, Politik, Wissenschaft und (Hoch-)Kultur aus, die nun einmal in den großen Städten sitzen. Die Perspektive auf das Dorf ist somit in der Regel eine Fernsicht, die politische, wissenschaftliche und mediale Behandlung oft eine Fern- und Fremdsteuerung. Wissenschaftler und Redakteure suchen lieber die Nähe zu den (Fördertöpfen der) Ministerien und Kulturverwaltungen als zu den ländlichen Bürgermeistern oder Dorfvereinen. Manchmal sind es auch konkurrierende Interessenverbände, die den ländlichen Raum gezielt klein- oder schlechtreden. So sprechen die Präsidenten des Bayerischen Städtetags davon, dass der ländliche Raum nur noch ein „gedankliches Kunstprodukt“ und alles doch längst Stadt (-region) sei.

Wo liegen – generalisiert – die Besonderheiten, die Stärken und Schwächen des ländlichen Raums?

Obwohl etwa zwei Drittel aller deutschen Dörfer seit 1945 an Einwohnern gewachsen sind, gingen zahl-

reiche Arbeitsplätze und Infrastruktureinrichtungen verloren. Allerdings stehen diesen Verlusten auch Gewinne gegenüber: Wasser-, Abwasser-, Energieversorgung, Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtungen wie Dorfgemeinschaftshaus, Heimatstube und Brauchtumspflege. Als neuer Trend ist zu beobachten, dass – fast unsichtbar – moderne private Dienstleistungen wie Versicherungen, Steuer- und Unternehmensberatung, Soft- und Hardwareentwicklung ins Dorf Eingang gefunden haben.

Ein zentrales Problem ist derzeit der Leerstand vieler älterer Gebäude samt Gärten in den Dorfkernen. Da gerade diese Anwesen, deren Verschwinden droht, oft das Dorfbild prägen, geht es an die Substanz. Hier sind neben den Fachbehörden vor allen auch die ländlichen Kommunen gefordert, sinnvolle Um- und Weiternutzung zu unterstützen, damit die alten Dorfkern für die nächste Generation nicht verloren gehen.

Ein wesentlicher Vorzug des Dorfs liegt neben der sehr hohen Eigenheimquote in den „weichen“ Faktoren seiner Lebensqualität beziehungsweise Lebensstile, die es trotz aller Angleichungsprozesse zwischen Stadt und Land immer noch gibt. Ländliche Lebensstile sind natur-, traditions- und handlungsorientiert. Durch seine Naturnähe bietet das Dorf in Feld, Wald und Garten eine unmittelbare Chance der

Erholung, Entspannung, Freizeitnutzung und körperlichen Betätigung. Vor allem der dörfliche Garten gilt inzwischen als ein Kernbestand ländlicher Lebensqualität. Dörfliche Lebensstile sind durch eine überdurchschnittlich hohe Dichte sozialer Netze und Kontakte geprägt. Verwandtschafts- und Nachbarschaftshilfe, Engagement in Vereinen und Kirchen sowie Brauchtumspflege spielen im Zusammenleben wichtige Rollen und tragen sowohl zum Wohlstand, als auch zur Identität in den Dörfern bei. So gibt es Dörfer, in denen Vereine ehemals kommunale Freibäder ehrenamtlich führen. Gerade junge Familien mit kleinen Kindern schätzen das Leben auf dem Lande mit Haus und Garten. Die Zufriedenheit der Landbewohner mit ihrem Umfeld ist nach wiederholten Umfragen stets doppelt so hoch wie das der Großstadtbewohner. Die Faszination des Dorfes als Lebensraum ist also ungebrochen. Das

„flache“ Land hat auch deshalb Zukunft, weil in Dörfern und Kleinstädten vergleichsweise sehr viel mehr Kinder geboren, heranwachsen und beschult werden als in Großstädten. Nach einem kürzlichen Zeitungsbericht kommen auffällig viele Chefs der größten deutschen Unternehmen aus ländlichen Regionen. Als wesentliche Erklärung für dieses Phänomen werden die auf dem Dorf oder in der Kleinstadt erworbenen sozialen und emotionalen Kompetenzen sowie ein auf dem Lande noch vorhandenes „Arbeitsethos“ angeführt, die sich so in der unpersönlicheren und virtuelleren Großstadt nicht erlernen lassen. Die hoch entwickelte Fähigkeit der Menschen im ländlichen Raum zum eigenständigen und ehrenamtlichen Handeln ist eine bedeutende Zukunftsressource für unseren Staat. Die Partizipationstraditionen im ländlichen Raum bedürfen allerdings der Respektierung und Förderung.

Wirtschaftliche Situation in einem ländlich strukturierten Kreis: Das Beispiel Dithmarschen

Den nachfolgenden Vortrag hat der Autor anlässlich der ersten Regionalkonferenz zum Thema „Wirtschaft in ländlichen Räumen“ am 22.02.2007 in Münster gehalten, die im Rahmen der Konferenzreihe „Zukunft ländlicher Räume“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) stattfand.

Es diente als Impulsreferat zum Auftakt des Forums 1. „Gewerbliche Wirtschaft“. Das Referat erhebt nicht den Anspruch einer wissenschaftlich fundierten Analyse der wirtschaftlichen Situation ländlicher Kreise. Es geht vielmehr darum, aus Praktikersicht ein positives Bild des ländlichen Raumes und seiner Potenziale zu zeichnen und zu einem neuen Selbstbewusstsein in diesen lebenswerten Regionen aufzurufen.

(Weitere Dokumente dieser Konferenz sind unter <http://www.bmelv.de>, Thema „Ländliche Räume“ zu finden.)

Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für die Einladung zu der heutigen Veranstaltung. Ich sehe meine Rolle auf diesem Kongress als die eines Praktikers, der aus dem Leben und Erleben eines Landrats in einem ländlich strukturierten Kreis berichtet. Ich sehe mich dabei in der Rolle desjenigen, der auf eine Fülle praktischer Erfahrungen zurückgreifen kann und der Ihnen diese Erfahrungen anbietet. Ich bin weder missionarisch, noch als Heilprediger tätig, sondern gewissermaßen als Berichterstatter einer ländlichen Region.

Natürlich ist meine Sichtweise geprägt durch meine Rolle als Verwaltungschef, und gerade deshalb warne ich vor der Illusion, dass das Handeln einer Kreisverwaltung an sich geeignet ist, um wirtschaftliches Wachstum in einer Region zu erzeugen. Auf der anderen Seite sehe ich die in der Verwaltung Tätigen als wichtige Impulsgeber, die Entwicklungen und Investitionen in einer Region im Sinne einer Katalysator-

funktion begünstigen, anregen und fördern können.

2 Sätze zu meiner Person: Ich bin Bankkaufmann und Jurist, habe Erfahrungen im Projektmanagement einer Bank gesammelt, sowie in der Arbeit mit der Landesregierung Schleswig-Holstein. Seit 10 Jahren bin ich Landrat im Kreis Dithmarschen.

1. Dithmarschen, ein Kurzportrait

Lassen Sie mich mit einer kurzen Vorstellung des Kreises Dithmarschen beginnen:





Der Kreis liegt im nördlichsten Bundesland in Schleswig-Holstein an der Nordseeküste und grenzt im Süden an die Elbe. Er verfügt über 1400 Quadratkilometer Fläche mit insgesamt ca. 137 000 Einwohnern. Seine kommunale Gliederung besteht aus 5 Städten, darunter der Kreisstadt Heide mit ca. 21 000 Einwohnern, und 112 Gemeinden. Die Kreisstadt Heide ist ca. 100 km von der Freien und Hansestadt Hamburg entfernt. Einige Daten zur Charakterisierung:

Daten und Fakten – Kreis Dithmarschen

- Fläche: 1.404 km²
- Ausdehnung
 - Nord-Süd 54 km
 - Ost-West 41 km
- Gliederung
 - 5 Städte
 - 112 Gemeinden
- Einwohner: 137.390
- Größte Stadt:

Heide mit	20.716 Einwohnern
Brunsbüttel mit	13.789 Einwohnern

- Kleinste Gemeinde:
 - Bergewörden mit 36 Einwohnern
- Höhen
 - Höhe Kreishaus 39 m
 - Höhe Meldorfer Dom 58 m
 - Landschaftlich höchster Punkt (Schrum) 78,50 m über NN
 - Fernmeldeturm Heide 158 m
 - Off-shore Testanlage in Brunsbüttel 180 m

Der Kreis ist durchweg ländlich strukturiert und in Bezug auf die Wirtschaft neben der Landwirtschaft vom mittelständischen Gewerbe geprägt. Dieses stellt auch das Gros der Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Dithmarschen ist bekannt für sein großes Kohlanbaugebiet (ca. 2500 ha). Als plakative Zahl darf ich Ihnen mitteilen, dass dort für jeden Bundesbürger ein Kohlkopf produziert wird. Dennoch hat die Landwirtschaft in den letzten Jahren an wirtschaftlicher Bedeutung verloren und ist längst vom Tourismus überflügelt worden.

Von besonderer Bedeutung ist die größte Ansammlung chemischer Industrie in Schleswig-Holstein am Standort Brunsbüttel mit ca. 4 500 Arbeitsplätzen. Brunsbüttel ist auch deshalb erwähnenswert, weil es sich am Schnittpunkt von Elbe und Nord-Ostsee-Kanal befindet und über einen großen Hafen verfügt.

Zur Veranschaulichung der Beschäftigungswirkung der einzelnen Wirtschaftszweige verweise ich auf die folgende Folie:

Beschäftigte insgesamt

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte im Arbeitsamtsbezirk Heide ¹					
	30.09.1995		30.09.1999		30.09.2005	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	1.306	3,1	1.475	3,5	1.275	3,3
Energie	694	1,6	652	1,5	553	1,4
Verarbeitendes Gewerbe	11.703	27,6	10.219	24,1	6.670	17,0
Baugewerbe	4.066	9,6	3.592	8,5	2.958	7,5
Handel	5.227	12,3	5.164	12,2	5.937	15,2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	2.005	4,7	2.080	4,9	2.311	5,9
Kreditinstitute, Versicherungen	1.259	3,0	1.216	2,9	1.030	2,6
Dienstleistungen	10.576	24,9	12.374	29,2	12.985	33,2
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	1.384	3,3	1.484	3,5	1.239	3,2
Gebietskörperschaften	4.192	9,9	4.105	9,7	4.185	10,7
Insgesamt	42.412	100,0	42.361	100,0	39.146	100,0

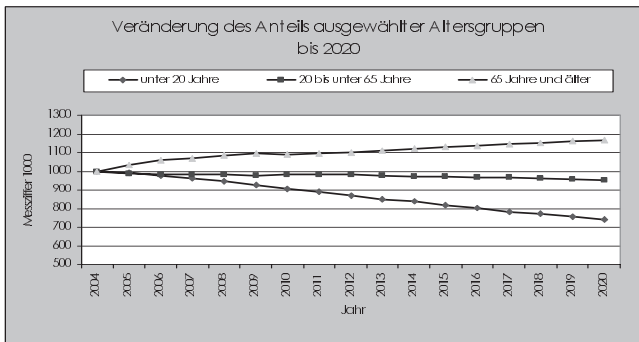
¹ nicht deckungsgleich mit dem Gebiet des Kreises Dithmarschen, erfasst u. a. Eiderstedt
 Quelle: Bundesanstalt für Arbeit – Arbeitsamt Heide
² Die Daten 30.09.2005 sind wegen erheblich geänderter Zuordnungen zu Wirtschaftsabteilungen nicht vergleichbar mit den Daten der Vorjahre.

Aufgrund seiner peripheren Lage und seiner Strukturschwächen kämpft der Kreis mit seiner vergleichsweise hohen Arbeitslosenquote von ca. 10% im Jahresdurchschnitt.

Von besonderer Bedeutung ist sicher noch der Hinweis auf die demographische Entwicklung, die in Dithmarschen im Vergleich zum Landestrend in Schleswig-Holstein leicht verschärft ist.

► **Demographischer Wandel**

Konstanter Anteil der 20 bis 65-Jährigen bei schrumpfender Gesamtbevölkerung um ca. 5 %, aber...



...Schere zwischen Jung und Alt klafft deutlich auseinander

Diese im Sinne einer Übersicht zusammengetragenen Daten geben natürlich nur einen unvollkommenen Überblick über die Schönheiten des Kreises und beschreiben vor al-

lem nicht die Mentalität der Menschen in dieser Region. Diese ist aufgrund einer besonderen Geschichte von einer hohen Identifikation der Menschen mit ihrem Kreis, großem

Selbstbewusstsein und dem speziell gegenüber der Landesregierung immer wieder gern dokumentierten Streben nach Selbstbestimmung geprägt.

(Damit bereiten wir Dithmarscher der Landesregierung z. Z. erhebliches Kopfzerbrechen bei der von ihr angezettelten Diskussion über eine Funktionalreform.)

2. Übergeordnete Prinzipien als Geschäftsgrundlage für wirtschaftliche Entwicklung und deren praktische Umsetzung

Im Folgenden will ich auf einige Grundsätze, Prinzipien oder Eckwerte eingehen, die sich für mich als wichtige Eckpfeiler erwiesen haben, wenn es um die Weiterentwicklung einer ländlich geprägten Region wie Dithmarschen geht.

Wie ich anfangs bereits ausgeführt habe, erheben sie nicht den Anspruch auf Allgemeingültigkeit, sondern stellen lediglich meine persönlichen Erfahrungen dar.

a) Ländlicher Raum ist mehr als Landwirtschaft

In der Außenwahrnehmung von ländlichen Räumen – und da macht Dithmarschen keine Ausnahme – steht die Landwirtschaft im Vordergrund. Bei einer Einwohnerdichte von nur 90 Einwohnern pro Quadratkilometer verwundert dies nicht.

Dem steht aber die deutlich ver-

ringerte Bedeutung der Landwirtschaft im Verhältnis zu anderen Wirtschaftszweigen in den letzten Jahrzehnten entgegen. Die Anzahl der Höfe hat sich in den letzten 15 Jahren drastisch reduziert von 2800 auf 1800. Das entspricht einer Verringerung um 36 %. Im Anteil am Bruttosozialprodukt hat der Tourismus die Landwirtschaft bereits seit Jahren um Längen überflügelt.

Das heißt nicht, dass nicht auch bei uns aktuelle Entwicklungen wie der Bau von Biogasanlagen, Windkraft oder das Thema „nachwachsende Rohstoffe“ auf „der Tagesordnung stehen“. Die Landwirtschaft steht aber nicht im Mittelpunkt meiner Betrachtung, wenn es um die Zukunft des ländlichen Raumes geht.

b) Endogene Potenziale gegen aktuelle Trends

Ich möchte vorausschicken, dass es kein allgemeingültiges Patentrezept für eine prosperierende Entwicklung im ländlichen Raum gibt. Jede Region hat ihre Stärken und Schwächen und muss sensibel die besonderen eigenen Potenziale definieren. Hier gilt es, Nischen aufzuspüren und Entwicklungskonzepte an lokale Besonderheiten anzuhängen. Lassen Sie mich dieses an einigen Beispielen aus Dithmarschen erläutern.

Es gilt der Grundsatz: „Was habe ich, was andere nicht haben oder in dieser Form nicht haben?“

aa) Tourismus

Es wird Sie nicht verwundern, dass das Thema Tourismus in Dithmarschen eine große Rolle spielt. Die Nordsee mit dem Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer vor der Tür ist so ein endogenes Potenzial, das einen großen Schwerpunkt in der Politik und bei der Entwicklung des Kreises insgesamt bildet.

2,2 Millionen Übernachtungen und mehr als 110 Millionen Euro Jahresumsatz sprechen für sich.

2 Tourismusinitiativen, bei denen wir mit der Bevölkerung und den Fachleuten aus der Region Stärken und Schwächen, vor allem aber auch Ziele definiert haben, sind die Basis dafür, dass wir uns im touristischen Wettbewerb nach wie vor behaupten können.

Hier gilt die spannende Doppelstrategie in dem Sinne, dass wir in Bezug auf die öffentliche Infrastruktur in einem globalisierten Markt nicht den Anschluss, z. B. an die neuen Bundesländer, verpassen und auf der anderen Seite die Bewusstseinsbildung in den Köpfen der Verantwortlichen, damit meine ich die Tourismusakteure genauso wie die

Politik, stets im Auge behalten. Allgegenwart dieses Themas ist das Gebot der Stunde.

bb) Marine Aquakultur

Ein weiteres besonderes Potenzial der Region stellt die Nähe zum Meer auch in Bezug auf seine wissenschaftliche Erforschung dar.

Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir in Büsum über eine Außenstelle der Universität Kiel verfügen, sowie kleine, aber erfolgreiche Betriebe der Fisch- und der Algenzucht am Standort aufweisen können.

Mit Fördermitteln der EU und des Landes Schleswig-Holstein sowie einer bedeutenden Beteiligung des Kreises ergänzen wir diese Infrastruktur um ein Marines Existenzgründungszentrum verbunden mit einer Versuchsanlage zur Optimierung von Fischzucht.

Dieses Projekt haben wir letztlich deshalb auf den Weg bringen können, weil es uns gelungen ist, durch offensive Lobbyarbeit die Begehrlichkeiten von Forschungseinrichtungen an der Ostküste Schleswig-Holsteins zurückzudrängen und wichtige Institutionen, wie z. B. die Innovationsstiftung des Landes auf unsere Seite bringen konnten.

Das Thema zeigt exemplarisch, wie schwierig es ist, in einem

Sie sehen, dass dieses Gebilde recht ausgeuffert ist. In einer Zeit, in der wir in einem zusammenwachsenden Europa mehr den je auf eine überregionale Wahrnehmung angewiesen sind, gilt es dabei zu sein.

Natürlich lösen sich nicht alle Probleme von allein auf und allein das Zauberwort Metropolregion führt nicht zum wirtschaftlichen Wohlstand in der Region. Auf der anderen Seite ist es aber unerlässlich, mit am Tisch zu sitzen, wenn in der Metropolregion Entscheidungen fallen, die Auswirkungen auf das Umfeld haben.

Und ich sage ganz selbstbewusst: die Metropole braucht den ländlichen Raum. Ich verweise in diesem Zusammenhang nur auf das Perspektivpapier der Freien und Hansestadt „Hamburg, wachsende Stadt“.

In unserem speziellen Fall sind es Dinge wie eine Logistikinitiative oder die Frage der Hafenkooperation zwischen unserem Elbehafen als Massenguthafen und dem vor allem auf Containerumschlag ausgerichteten Hamburger Hafen. Wenn es darum geht, Cluster zu definieren und vor allem Bestandteile dieses Clusters zu identifizieren, sind wir mit im Boot und damit nicht nur als vermeintlich willfähiger Lieferant von Ausgleichsflächen für die aus allen

Nähten platzende Metropole gefragt. Vom zunächst ungeliebten Anhängsel zum geschätzten Partner ist hier die Devise. Von der Selbstverliebtheit zum integrativen Ansatz (ressortübergreifend, gebietsübergreifend).

d) Kommunikationsstrukturen Verwaltung – Wirtschaft

Verzeihen Sie mir, dass ich meine Betrachtung natürlich auch aus der Position eines Verwaltungschefs für eine Kreisverwaltung mache.

Wie gesagt, verfügen wir kaum über durchschlagende Steuerungsmechanismen, um Wirtschaftsentwicklung anzureizen. Die Potenziale, die wir als Verwaltung aber haben, müssen wir konsequent ausreizen.

Deswegen ist der Leitsatz für Politik und Verwaltung in Dithmarschen: „Dithmarschen, starker Partner für Wirtschaft, Bildung und Familie“. Kommunikation ist eine Schlüsselkompetenz auch im Zusammenwirken von Verwaltung mit ihrem Umfeld.

Ich nehme hier den Teil Wirtschaft einmal in den Focus. In regelmäßigen Fragebogenaktionen lassen wir uns von der Wirtschaft bewerten, um damit Rückschlüsse über die wahrgenommene Qualität unseres Verwaltungshandelns zu bekommen.

Wir sind gerade als erste Kreisverwaltung in Deutschland nach dem RAL-Gütezeichen für mittelstandsorientierte Verwaltungen zertifiziert worden. Wir haben regelmäßige Gesprächskreise mit den Akteuren aus der Wirtschaft und unsere Verwaltung ist strikt auf die Bedürfnisse der Wirtschaft umstrukturiert (Positives regionales Milieu).

Dieses ist ein langer Prozess, speziell weil er mit einem Umdenken in den Köpfen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu tun hat. Das konsequente Ausnutzen von Ermessensspielräumen im Hinblick auf Wirtschaftsfreundlichkeit ist nicht auf Knopfdruck, sondern nur durch ständige Diskussion von Einzelfällen und eine engagierte und motivierte Führungsmannschaft zu erreichen.

Als Beispiel seien hier nur die Baugenehmigungspraxis im Außenbereich, die Möglichkeiten von Lückenbebauungen, sowie Eingriffs- / Ausgleichsregelungen genannt.

e) **Bearbeitung der weichen Faktoren**

Nur der Vollständigkeit halber will ich darauf hinweisen, dass die berühmten weichen Standortfaktoren ein Potenzial des ländlichen Raumes sind, mit dem an verschiedener Stelle zu wuchern ist.

Dabei geht es nicht nur um die Themen wie gesundes Klima und reine Luft, sondern auch um handfeste Infrastrukturherausforderungen in Bezug auf familienfreundliche Infrastruktur (Kinderbetreuung), Qualität des Bildungsangebotes, kulturelle Angebote und nicht zuletzt auch hier eine bürgerorientierte Verwaltung.

Diese Faktoren gilt es nicht nur konsequent weiterzuentwickeln. Genauso wichtig ist es, sie zu kommunizieren nach dem bekannten Motto: Tue Gutes und rede darüber.

3. Fazit

Mit meinen eher schlagwortartigen Ausführungen wollte ich deutlich machen, dass viel zu oft die Entwicklung des ländlichen Raumes auf das Thema Landwirtschaft reduziert ist. Sie bleibt ein wichtiger, sichtbarer Bestandteil.

Spezielle Anknüpfungspunkte für die gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung des Kreises ergeben sich aber viel mehr auf anderen Handlungsfeldern. Diese Handlungsfelder ergeben sich aus der individuellen Gesamtsituation eines Raumes, ohne dass sich hier ein Patentrezept erstellen ließe.

Wichtige Erfolgsfaktoren, die aber dennoch eine gewisse Allgemeingültigkeit haben sollten, sind die Themen Kooperation und Kommunikation, die gewissermaßen „vor

der Klammer stehen“, wenn es um die Zukunft einer ländlichen Region geht.

Ländliche Regionen sind nicht nur lebenswert, sondern haben auch ein großes Potenzial. Lassen Sie uns dieses Potenzial selbstbewusst vor

uns hertragen. Wir sind viel besser, als wir uns manchmal verkaufen.

*Landrat Dr. Jörn Klimant,
Kreis Dithmarschen
Vorstandsmitglied der ALR*



Effektivere und effizientere Politik für ländliche Räume

„Demographische Entwicklung in der Diskussion – neue Wege in der ländlichen Entwicklung“ lautete der Titel einer Kooperationsveranstaltung der Agrarsozialen Gesellschaft Göttingen (ASG) mit der ALR und dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, das Ende letzten Jahres in Neumünster stattfand. Vor Vertretern der OECD*, des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV), dem Minister für ländliche Räume (MLUR), Christian v. Boetticher, Chefredakteur Stephan Richter (sh:z) und gut 80 Teilnehmenden wandte sich der Vorsitzende der ALR, Rüdiger v. Plüskow, gegen die Aufweichung oder gar Abkehr vom Gleichwertigkeitsprinzip von Stadt und Land, indem Fördermittel überproportional den Metropolregionen zugute kämen. Auch der Vorsitzende der ASG, Dr. Hans-Hermann Bentrup strich den eigenständigen Wert ländlicher Räume für die Gesamtgesellschaft heraus.

Heino v. Meyer, Leiter des OECD Berlin Centres, forderte eine effektivere und effizientere Politik für ländliche Räume in Deutschland. Die OECD hatte auf der Grundlage einer vergleichenden Analyse unter ihren

Mitgliedstaaten einen Paradigmenwechsel gefordert und veröffentlichte 2007 einen Prüfbericht zur Politik für ländliche Räume. Nach dem Befund der OECD seien die Bedingungen im ländlichen Deutschland zwar generell positiv zu bewerten, wiesen aber in Bezug auf Demographie, Wirtschaftsleistung, Aktiva und Nähe zu Zentren große Unterschiede auf, die eine sehr vielfältige und komplexe Entwicklungsdynamik zur Folge hätten, erläuterte Herr v. Meyer. Bisher sei die deutsche Strategie für die Entwicklung ländlicher Räume größtenteils sektorspezifisch mit einer starken Konzentration auf die Landwirtschaft ausgerichtet, und die Regionalpolitik werde mit ihren Auswirkungen auf die ländlichen Räume durch einen „nachsorgenden“, auf einem Top-down-Ansatz beruhenden Charakter und durch einen räumlich begrenzten Aktionsradius (unterschiedliche Förderkulisse zwischen Ost- und Westdeutschland) beeinträchtigt. Eine effektive Strategie für die Entwicklung ländlicher Räume sollte den Fokus auf Räume statt Sektoren, auf Investitionen statt Subventionen, auf Initiativen statt Instruktionen legen. Dazu bedürfe es neuer

Strukturen und Methoden der Planung, Beteiligung, Entscheidung, Verantwortung, Finanzierung, Begleitung und Evaluierung auf allen Ebenen (Good Public Governance). Das derzeitige Politikkonzept für den ländlichen Raum, das zu einer bestimmten Zeit durchaus angemessen war, bedürfe nun tiefgreifender Veränderungen. Hierzu sei ein breiter Konsens vonnöten, der auf gut recherchierten, objektiven Informationen über den Zustand des ländlichen Deutschland erreicht werden sollte. Der Entwicklungspfad des ländlichen Deutschlands sollte als nationales Anliegen betrachtet werden, das die Zukunft der Land- und Stadtbewohner gleichermaßen beeinflussen werde.

Wolfgang Reimers vom BMELV unterstrich, dass in seinem Hause die Zeichen der Zeit bereits erkannt worden wären. Bis zum Herbst 2007 wolle Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer unterstützt durch eine Konferenzreihe (siehe Termine in diesem Heft) eine Neukonzeption der ländlichen Entwicklungspolitik vorlegen, die von der sektoralen Sicht ländlicher Räume hin zu einem problem- und handlungsorientierten Politikansatz führe. Die Förderpolitik seines Hauses solle stärker auf die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen ausgerichtet werden.

Minister Dr. Christian v. Boetticher verwies darauf, dass Schleswig-Holstein sich bei der Diskussion und vor

allem der Umsetzung neuer Politikansätze für die ländliche Entwicklung immer an vorderster Front bewegt und auch Neues ausprobiert habe. Die Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen hätten hier sehr gute Rahmenbedingungen geschaffen, um die Menschen in der Region zu ermuntern „runde Tische“ zu bilden, sich auf gemeinsame Entwicklungsziele zu verständigen und Projekte zu erarbeiten, die die ländlichen Regionen vorangebracht hätten. Speziell für den Bereich der ländlichen Regionalentwicklung werde es in der neuen EU-Förderperiode mit der Initiative „AktivRegion“ der Landesregierung einen Strategiewechsel geben. AktivRegion stehe für mehr Verantwortung an der Basis, mehr privat-öffentliche Partnerschaften, größere Regionen, mehr Wirtschaftskraft und mehr Lebensqualität. Dies seien optimale Voraussetzungen, um kreative und auch regionalspezifisch angepasste Antworten auf die Herausforderungen und Chancen der demografischen Entwicklung zu finden. In vielen ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins seien bereits Projekte initiiert worden, um den demografischen Herausforderungen zu begegnen, z.B.:

- in den Kreisen Dithmarschen und Steinburg im Rahmen eines Modellvorhabens der Bertelsmann Stiftung „Demografischer Wandel in den Kommunen – Anforderungen an Städte und Gemeinden der Zukunft“

- in der KERN Region Modellvorhaben „Seniorenorientierter Wirtschaftsraum KERN“
- in der Region Schwentinetal/ Barkauer Land, Kreis Plön mit dem von Herrn Dr. Langfeldt heute morgen beschriebenen Ansatz
- in der Gemeinde Büchen, Kreis Herzogtum-Lauenburg „Büchen 2005/2050 – Lebensfähigkeit und Attraktivität der ländlichen Region Büchen im demografischen Wandel“.

„Und wir werden den künftigen AktivRegionen das Signal geben, dass innovative Ansätze zur Bewältigung des demografischen Wandels ... besonders gefördert werden können. Wir wollen die AktivRegionen ermutigen, ausgetretene Pfade zu verlassen und neue Wege zu erproben, die durchaus auf Widerstand stoßen können und oft einen langen Atem erfordern“, sagte der Minister.

Amtsvorsteher Dr. Norbert Lang-

feldt hatte zuvor von der Strategie seiner Region berichtet, die sich des Sensitivitätsmodells nach Prof. Vester bedient, um Erkenntnisse über den Ist-Zustand zu erlangen, Wirkungen kommunalen Handelns sichtbar machen und effizienter Handeln zu können.

* Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist ein einzigartiges Forum, in dem die Regierungen von 30 demokratischen Marktwirtschaften zusammenarbeiten, um die mit der Globalisierung der Weltwirtschaft verbundenen Herausforderungen im Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt-, und Governance-Bereich anzugehen und aus den daraus erwachsenden Chancen Nutzen zu ziehen. OECD-Mitgliedsstaaten sind 19 europäische Staaten, darunter z.B. auch Island, Norwegen und die Schweiz sowie Australien, Neuseeland, Japan, Korea, Mexiko, Kanada und die USA.

*Andrea Weigert,
Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.*

unter Verwendung der „Gesamtbeurteilung und Empfehlungen“ des OECD-Prüfberichts zur Politik für ländliche Räume, 2007

Das Geschaffene für die Zukunft erhalten

aus: Bauernblatt für Schleswig-Holstein und Hamburg (9. Ausgabe vom 3. März 2007)

Neue Wege beschritt die Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins als sie am 20.02.2007 anlässlich der mehrtägigen Jahrestagung der Vereinigung der Straßenbau- und Verkehrsingenieure (VSVI) und in Kooperation mit der VSVI eine ganztägige Informations- und Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Ländlicher Wegebau in Schles-

wig-Holstein“ durchführte.

Das facettenreiche Programm, das von Finanzierung über Regelwerke bis hin zur Wegeunterhaltung reichte, lockte überraschend viele Teilnehmer ins Hohe Arsenal nach Rendsburg. Sönke Hauschild (Bauernverband SH) berichtete Anfang März im Bauernblatt von seinen Eindrücken wie folgt:

„Über 150 Teilnehmer von Kommunen, Verbänden und Organisationen des ländlichen Raumes – darunter kein Parlamentarier - hatten am Dienstag voriger Woche nur ein Ziel: Herauszufinden wie es um die Zukunft des ländlichen Wegebaus in Schleswig-Holstein bestellt ist. Besonders in der Diskussion wurde deutlich, dass sich dieses vor allem als Finanzproblem darstellt. „Der Sachverstand in den Kommunen ist vorhanden, aber Politiker nehmen die ländlichen Wege oft nur als Kostenfaktor wahr“, machte Hermann-Josef Thoben vom Landwirtschaftsministerium gleich zu Anfang der

Veranstaltung im Rendsburger Hohen Arsenal auf ein Hauptproblem aufmerksam. Man müsse daher vermitteln, dass der ländliche Wegebau alle angehe und ein Aktivposten sei. Thoben machte auf der Veranstaltung der Akademie für Ländliche Räume deutlich, dass die Mittel für den Wegebau im Landeshaushalt deutlich gesenkt wurden. Er konnte aber auch Positives berichten. So befinde man sich in intensiven Gesprächen mit Bauernverband und Gemeindetag sowie den Wegeunterhaltungsverbänden, um den ländlichen Wegebau „nach vorne zu bringen“.



*Über 150 Teilnehmer diskutierten in Rendsburg Lösungen für den ländlichen Wegebau, darunter Vertreter des Bauernverbandes, der Wegeunterhaltungsverbände, und des Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
(Foto: Hauschild)*

Genug Geld vorhanden

Der Ministerialrat aus Kiel machte den Gemeinden Mut: „Es soll keiner sagen, es gebe kein Geld.“ Thoben wies darauf hin, dass in dem ELER-Programm der Europäischen Union für Deutschland in den nächsten sieben Jahren insgesamt 240 Mio. Euro, zusätzlich kofinanziert durch das Land, für einen Strauß von Maßnahmen zur Verfügung ständen. Der Wegebau bekäme davon nur eine Mio. Euro ab. Daneben würden im MLUR aus dem Schleswig-Holstein-Fonds in den nächsten drei Jahren 4,2 Mio. Euro zur Verfügung stehen „Es hindert uns aber in Brüssel oder Berlin niemand daran, während der nächsten Jahre mehr Fördergeld in den Wegebau zu packen“, so Thoben. Dies sei eine politische Entscheidung, die ausschließlich auf Landesebene zu treffen ist.

Er zog aber noch einen größeren Rahmen, indem er auf den Strategiewechsel der Landesregierung mit dem Programm „AktivRegion“ hinwies. Ganz bewusst werde man die Landwirte in dieses Programm mit einbinden. Bei AktivRegion geht es darum, dauerhafte regionale Netzwerke zu schaffen und Projekte umzusetzen, die vor allem die Wirtschaftskraft der Region stärken. Dazu zähle auch die Verbesserung der ländlichen Verkehrsinfrastruktur, so Thoben. Bis November müssen die Regionen eine Entwicklungsstrategie vorlegen und sich eine rechtliche Organisationsstruktur geben, um

dann Anfang 2008 vom Land anerkannt werden zu können. Thoben forderte dazu auf, sich zu beteiligen, um im eigenen Interesse Schwerpunkte setzen zu können.

Maistourismus belastet

Zu Finanzierungsmöglichkeiten im Wegebau nahm Arne Loeper vom Wirtschaftsministerium Stellung. Ab 2007 seien erstmals Unterhaltungsaufwendungen förderfähig, verbreitete Loeper frohe Nachricht. Der Regelsatz der Förderung betrage 60 %. Ein besonderes Augenmerk legte er auf das Radwegenetz im Lande. Hier arbeite man bei den Fördermitteln eng mit dem Landwirtschaftsministerium zusammen.

In einer intensiven Diskussion wurde kritisch angemerkt, dass der politisch gewollte Bau von Biogasanlagen zu einem „erhöhten Maistourismus“ auf den ländlichen Wegen führe. Da könne sich die Politik nicht zugleich aus dem Wegebau verabschieden.

Die Struktur der Wegeunterhaltung ist vielfältig in Schleswig-Holstein. Hier konnten Thorsten Grap aus dem Kreis Steinburg sowie Bernd Piper aus dem Kreis Nordfriesland aus der Praxis berichten. Grap erläuterte, dass der Wegeunterhaltungsverband im Kreis Steinburg eine Umlage von 35 Cent je Quadratmeter Schwarzdecke sowie 5 Cent je Quadratmeter Betonfläche von den Mitgliedskommunen erhebe. Mitglieder sind fast alle Kommunen im Kreis. Der Verband übernimmt die

Deckenunterhaltung und Erneuerung, was das Asphaltieren und das Ausbessern von Schlaglöchern sowie das Aufgießen von Rissen betrifft. Auch die Grunderneuerung der Schwarzdecken wird vom Verband übernommen.

Angleichen von Banketten

Nebenarbeiten gehen dagegen zu Lasten der Mitgliedskommune. Eine Ausnahme macht man lediglich bei Fräsarbeiten und beim Angleichen von Banketten. Gerechnet ist die Umlage auf eine Grunderneuerung alle 15 Jahre. Grap erläuterte aber, dass die meisten Wege in den fünfziger und sechziger Jahren geschaffen wurden und für die heutige Beanspruchung nicht ausgestattet seien. Dieses führe in der Wegeunterhaltung zu erheblichen Kostensteigerungen.

In Nordfriesland wird eine Umlage von 10 bis 20 Cent je Quadratmeter erhoben. „Das ist eigentlich nicht ausreichend“, erklärte Bernd Piper. Die Tiefbauabteilung des Kreises unternimmt gemeinsam mit den Gemeinden eine jährliche Wegeschau und erstellt auf der Basis einen Unterhaltungsplan inklusive Kostenermittlung.

Damit hat die Gemeinde eine Übersicht über die jährlichen Gesamtkosten und kann durch frühzeitiges Eingreifen größere Schäden an den Wegen vermeiden. Die Wegeunterhaltung erfolgt nach Priorität. So kann eine Straße mit Schulwegfunk-

tion beispielsweise früher erneuert werden. Die Kosten für die Instandhaltung sind auch im Kreis Nordfriesland in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen.

Dass die technische Sanierungsbedürftigkeit und die wirtschaftliche Sanierungsmöglichkeit der Wege durchaus nicht immer übereinstimmen, erklärte Carsten Oelkers vom Nordlabor in Pinneberg. Er sprach sich für ein Instandhaltungskonzept aus, in das der Zustand und die Beanspruchung des Weges einfließen, um anschließend eine Restnutzungsdauer zu definieren. Dies sei wesentlich, um eine Kostenanalyse vornehmen zu können.

Diesem Schritt hin zur Professionalisierung der Wegeunterhaltung setzte Christoph F.J. Schröder vom Amt für Verkehr und Straßenwesen in Hamburg noch eines drauf. Hamburg bilanziert seine Wege seit kurzem als Anlagevermögen. Dazu hat die Hansestadt den Zustand der Wege mittels eines Messfahrzeugs erfasst und bewertet. „Damit gehen die Straßen in die Vermögensbilanz Hamburgs ein und wir wissen, was wir tun müssen, um den Wert zu erhalten oder zu verbessern“, erläuterte Schröder.

Während die Belastungen der Straßen durch Verkehr insgesamt zunehmen, sei in der Stadt inzwischen eine Sättigungsgrenze erreicht, berichtete Schröder. Er machte aber darauf aufmerksam, dass insbesondere der Schwerlastverkehr die Straßen über die Maßen beanspruche.

Schwerlastverkehr der Tod

Das unterlegte Holger Lorenzl von der technischen Universität Braunschweig mit „belastbaren“ Daten. So belastet ein Sattelschlepper mit einer Achslast von 10 t die Straße zehntausendfach mehr als ein normaler PKW. Selbst im Vergleich zu einem Schlepper mit einem Gesamtgewicht von 7 t ist es immerhin noch das 131-fache. Besonders eindrücklich wurde dies anhand eines Kippers dargestellt. Der unbeladene Kipper mit einem Gewicht von 4 t könne im Vergleich zu einem voll beladenen Kipper mit 18 t über 250 Mal dieselbe Straße befahren, bevor er zur selben Belastung führe, erklärte Lorenzl.

Thoben hob hervor, dass die gemeinsame Arbeitsgruppe von Bau-

ernverband, Gemeindegtag und Wegeunterhaltungsverbänden es geschafft habe, das Thema des ländlichen Wegebbaus in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Man werde weiter daran arbeiten, denn dieses sei die Voraussetzung dafür, dass die ländlichen Wege als bedeutsam für die Wirtschaftskraft und Lebensqualität im ländlichen Raum wahrgenommen werden.“

Sönke Hauschild, Bauernblatt

Für Interessierte:

*Die Referate der Veranstaltung in Rendsburg stehen auf der Internetseite der Akademie für die Ländlichen Räume zum Download bereit: www.alr-sh.de (s. dort unter Infothek). Bei weiterführenden Fragen wenden Sie sich bitte an **Torsten Sommer** in der Geschäftsstelle der ALR: Tel. 04321/9071-52 oder per E-Mail: torsten.sommer@alr-sh.de*

Energiepioniere in der Sackgasse

Artikel über die Veranstaltung „Innovative Energiekonzepte in ländlichen Räumen.“ Das Modell: „Wiedingharde Energie WEG“, am 29. 3. 2007“

aus: Nordfriesland Tageblatt vom 5. April 2007, Seite 15 (Südtondern Nachrichten)

Die Wiedingharder Energie Gesellschaft mbH (WEG) hat einen Weg erarbeitet, die Region an der dänischen Grenze mit ihren 4500 Menschen zu 100 Prozent zu jeder Zeit und an jedem Ort mit erneuerbaren Energien zu versorgen – in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität.

Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Akademie für die Ländlichen Räume und dem Regionalmanagement Südtondern stellte die

WEG rund 100 Besuchern ihre Pläne vor, unter ihnen auch Ministerialrat Dr. Gerhard Burian vom österreichischen Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Die gleich große Gemeinde Güssing in seiner Heimat im waldreichen Burgenland lebt bereits seit zehn Jahren unabhängig von überregionalen Energieversorgern (autark). Dr. Burian erläuterte den Wandel: Aus der kleinen Kommune hinter dem „Eisernen Vorhang“ ohne Industrie, mit hoher Arbeitslosigkeit, einer

hohen Abwanderung, kleinstrukturierter Landwirtschaft und schlechter Verkehrsinfrastruktur sei ein kleiner Industriestandort entstanden, weil man energieintensiven Unternehmen preiswerte Energie anbieten konnte. In einer Kooperation von Gemeinde, Technischer Universität Wien und Industrie sind in Güssing ein Technologiezentrum, ein Heizwerk, eine Biogasanlage sowie Tankstellen für Raps- und Frittieröl entstanden. 25 Mio. Euro seien allein in eine Photovoltaikanlage geflossen. Der Erfolg: Über 50 neue Betriebe, darunter ein Parkettproduzent, hätten sich dort angesiedelt und mehr als 1000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Der Gemeinde Güssing gehe es heute gut,



*Klaus Erichsen, Geschäftsführer der Wiedingharder Energie Gesellschaft mbH, erläutert das Konzept der WEG.
(Foto: Weigert)*

der größte Teil der Wertschöpfung bleibe in der Region.

Die Wiedingharde möchte den Österreichern nun nacheifern. Doch „das Konzept von Güssing ist natürlich nicht 1:1 übertragbar“, warnte Dr. Burian. „Unsere Studie belegt, dass zum Beispiel der Bedarf an Wärmeenergie in der Wiedingharde mehr als doppelt so hoch ist, wie der Strombedarf“, unterstrich Klaus Erichsen. Der Niebüller ist Gesellschafter der WEG sowie Mitverfasser einer 700-Seiten-Studie, die 2006 vom Ministerium für ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein und der Bingo-Umweltlotterie mit über 100.000 Euro gefördert wurde. „Gut ein Drittel des Wärmebedarfs ließe sich allein durch Gebäudedämmung einsparen. Zur Deckung der verbleibenden zwei Drittel könnten Holzpellettheizungen, Blockheizkraftwerke, Scheitholz- und Holzhackschnitzelheizungen sowie Solarthermieanlagen zur Heizungs- und Brauchwassererwärmung beitragen“. Doch Aventoft, Emmelsbüll-Horsbüll, Friedrich-Wilhelm-Lübcke-Koog, Klanxbüll und Rodenäs möchten noch mehr: Die in der Studie errechneten Überschüsse aus der Stromeinspeisung und dem Wärmeverkauf in Höhe von 260.000 Euro sollen neue Arbeitsplätze finanzieren helfen sowie für Schulungen und Beratung von Privathaushalten, Landwirtschaft und Handwerk ausgegeben werden. Wissen soll Kindern und anderen Interessierten an

einem Energielehrpfad vermittelt werden. Ebenso geplant sind finanzielle Direkthilfen für Investitionen von Hausbesitzern und zur Umrüstung von Fahrzeugen.

Seit einem halben Jahr sind die Pläne allerdings ins Stocken geraten, Der Energiemix sieht drei Windkraftanlagen vor – und die möchte das Land trotz seiner grundsätzlichen Zustimmung zu dem Gesamtprojekt nicht genehmigen. Dazu sei ein Zielabweichungsverfahren nötig. Die Windkraft sei jedoch ein fester Bestandteil des Konzeptes, so Klaus Erichsen.

„Wir wollen von niemandem einen Zuschuss, wir brauchen die Genehmigung.“

Rüdiger v. Plüskow, Staatssekretär a.D. und Vorsitzender der Akademie bietet Hilfe an: „Wir können vermitteln, es ist ein gutes Konzept, das in die Landschaft passt.“ Ministerialrat Dr. Gerhard Burian machte den Nordfriesen Mut: „Das Konzept sollte auch ohne Windkraftanlagen umsetzbar sein, es ist zu gut, um es sterben zu lassen.“

Stephan Bülck, sh:z



„Für ein starkes Europa“

Am 25.03.2007 wurde der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge in Berlin feierlich begangen. „Wir feiern heute ein halbes Jahrhundert europäische Einigung“, sagte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. „Wir haben allen Grund, uns darüber zu freuen. Wir tun dies in Berlin, der Hauptstadt des vereinten Deutschland. Von Anfang an war Deutschland ein verlässliches und treibendes Mitglied dieses vereinten Europas. Die Europäische Union von heute – unser erweitertes Europa – gäbe es

nicht ohne das Engagement und die Solidarität Deutschlands.“

„Berlin ist somit auch ein Symbol des vereinten und neuen Europas. Allein die Tatsache, dass diese Siebenundzwanzig hier und heute in Berlin versammelt sind und feiern, ist eine Erklärung an sich: Eine Demonstration eines geeinten und freien Europas. Vor nicht einmal 20 Jahren war dies noch undenkbar.“ Präsident Barroso rief zu gemeinsamem Handeln in Europa auf: „Together, I believe we can win: Europa gelingt gemeinsam.“

GEMEINSAM
SEIT 1957

Berliner Erklärung

Von den 27 Staats- und Regierungschefs wurde anlässlich des 50. Jahrestages am 25.4.2007 die von der deutschen Ratspräsidentschaft verfasste Berliner Erklärung unterzeichnet. Sie stellt eine zwar juristisch unverbindliche Absichtserklärung dar, soll aber nach der Vorstellung des Europäischen Rates eine Orientierung stiftende Wirkung entfalten.

Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge

Europa war über Jahrhunderte eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und

Verständigung. Diese Hoffnung hat sich erfüllt. Die europäische Einigung hat uns Frieden und Wohlstand ermöglicht. Sie hat Gemeinsamkeit gestiftet und Gegensätze überwunden. Jedes Mitglied hat geholfen,

Europa zu einigen und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Der Freiheitsliebe der Menschen in Mittel- und Osteuropa verdanken wir, dass heute Europas unnatürliche Teilung endgültig überwunden ist. Wir haben mit der europäischen Einigung unsere Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen. Wir leben heute miteinander, wie es nie zuvor möglich war.

Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint.

I.

Wir verwirklichen in der Europäischen Union unsere gemeinsamen Ideale: Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Seine Würde ist unantastbar. Seine Rechte sind unveräußerlich. Frauen und Männer sind gleichberechtigt.

Wir streben nach Frieden und Freiheit, nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, nach gegenseitigem Respekt und Verantwortung, nach Wohlstand und Sicherheit, nach Toleranz und Teilhabe, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir leben und wirken in der Europäischen Union auf eine einzigartige Weise zusammen. Dies drückt sich aus in dem demokratischen Miteinander von Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen. Die Europäische Union gründet sich auf Gleichberechtigung und solidari-

sches Miteinander. So ermöglichen wir einen fairen Ausgleich der Interessen zwischen den Mitgliedstaaten. Wir wahren in der Europäischen Union die Eigenständigkeit und die vielfältigen Traditionen ihrer Mitglieder. Die offenen Grenzen und die lebendige Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Regionen bereichern uns. Viele Ziele können wir nicht einzeln, sondern nur gemeinsam erreichen. Die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und ihre Regionen und Kommunen teilen sich die Aufgaben.

II.

Wir stehen vor großen Herausforderungen, die nicht an nationalen Grenzen halt machen. Die Europäische Union ist unsere Antwort darauf. Nur gemeinsam können wir unser europäisches Gesellschaftsideal auch in Zukunft bewahren zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Dieses europäische Modell vereint wirtschaftlichen Erfolg und soziale Verantwortung. Der Gemeinsame Markt und der Euro machen uns stark. So können wir die zunehmende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und immer weiter wachsenden Wettbewerb auf den internationalen Märkten nach unseren Wertvorstellungen gestalten. Europas Reichtum liegt im Wissen und Können seiner Menschen; dies ist der Schlüssel zu Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt.

Wir werden den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung gemeinsam bekämpfen. Die Freiheits- und Bürgerrechte werden wir dabei auch im Kampf gegen ihre Gegner verteidigen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen nie wieder eine Chance haben.

Wir setzen uns dafür ein, dass Konflikte in der Welt friedlich gelöst und Menschen nicht Opfer von Krieg, Terrorismus oder Gewalt werden. Die Europäische Union will Freiheit und Entwicklung in der Welt fördern. Wir wollen Armut, Hunger und Krankheiten zurückdrängen. Dabei wollen wir auch weiter eine führende Rolle einnehmen.

Wir wollen in der Energiepolitik und beim Klimaschutz gemeinsam vorgehen und unseren Beitrag leisten, um die globale Bedrohung des Klimawandels abzuwenden.

III.

Die Europäische Union lebt auch in

Zukunft von ihrer Offenheit und dem Willen ihrer Mitglieder, zugleich gemeinsam die innere Entwicklung der Europäischen Union zu festigen. Die Europäische Union wird auch weiterhin Demokratie, Stabilität und Wohlstand jenseits ihrer Grenzen fördern.

Mit der europäischen Einigung ist ein Traum früherer Generationen Wirklichkeit geworden. Unsere Geschichte mahnt uns, dieses Glück für künftige Generationen zu schützen. Dafür müssen wir die politische Gestalt Europas immer wieder zeitgemäß erneuern. Deshalb sind wir heute, 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, in dem Ziel geeint, die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen.

Denn wir wissen: Europa ist unsere gemeinsame Zukunft.

Europa im Haus der Akademien

Ausstellungs- und Informationswoche des EUROPE DIRECT und der Umweltakademie anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge

Am Sonntag, den 25. März hat die Europäische Union Geburtstag. Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 wurde der Grundstein für die Europäische

Familie gelegt. Fünfzig Jahre sind jetzt vergangen - und wir kommen einander noch immer näher. Trotz bleibender Verschiedenheit in Kultur, Sprache und Traditionen stützt

sich unsere Einheit auf gemeinsame Werte: Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und Gleichheit. Bei aller Kritik haben wir viel zu feiern.

Dieses Jubiläum nahmen die EU-

ROPE DIRECT-Informationsstelle bei der Akademie für die Ländlichen Räume und die Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein zum Anlass, in der Woche vom 26. bis zum 30. März über die Arbeit der EU zu informieren.



Die landesweite Fachgruppe „Mobilität/Verkehr“ in der „Europahalle“ anlässlich der Informationswoche im Rahmen der Aktionen zu 50 Jahren Römische Verträge (Foto Weigert)

Neue Website „50 Wege vorwärts“

Eine neue Internetseite http://europa.eu/success50/index_de.htm der EU-Kommission zeigt, was die europäische Einigung den Menschen bringt. „50 Wege vorwärts – Europas größte Erfolge“ ist als virtuelle Ausstellung angelegt. Wer einen der vielen Räume „betritt“, findet sich in einer Galerie mit thematisch orientierten Fotos wieder. Die The-

men reichen von den neuen „eu“-Internetadressen bis zu verbilligten Fugtickets. Es gibt Informationen darüber, wie die Polizei durch Zusammenarbeit mehr Verbrechen aufklärt, wie wir sauberere Autos bekommen und wie man leichter mit Hund und Katze reisen kann. Eine Broschüre ist in Vorbereitung.

Europa-Defizit in deutschen Klassenzimmern

aus: *EU-Nachrichten, Brüssel/Berlin, 20.03.2007*

Europa ist Randthema in deutschen Lehrplänen und findet wenig Aufmerksamkeit in der Schule. Das ist das Ergebnis der Studie „Die europäische Dimension in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer“, die von der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland in Auftrag gegeben wurde. Die Europäische Akademie Berlin (EAB) analysierte die Rahmenlehrpläne aller deutschen Bundesländer hinsichtlich der Vermittlung von Wissen und Einstellungen zu Europa. Hintergrund sind die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (KMK) von 1978 und 1990, die europäische Dimension im Schulunterricht zu stärken. Die [Ende März 2007] vorgestellte Studie ist die erste vergleichende Analyse dieser Art.

Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, dazu: „Die Studie zeigt, dass Europa noch immer nicht ausreichend in den deutschen Klassenzimmern angekommen ist. ...am 25. März, feierte die EU ihren 50. Geburtstag. Wie kann es sein, dass insbesondere junge Menschen auch nach 50 Jahren wenig über Europa wissen? Schulen stehen in der Verantwortung, was die Vermittlung von Wissen über Europa betrifft. ... Nur, wenn junge Menschen mit handfestem Wissen über Europa

ausgestattet sind, können sie als Gestalter und Entscheider von morgen ihre Vorteile und Chancen in Europa nutzen.“...

Als Unterrichtsgegenstand käme die Europäische Union in allen Bundesländern vor, betonte der Leiter der Europäischen Akademie Berlin, Prof. Eckart Stratenschulte. Der Kultusministerkonferenz gehe es aber um mehr, nämlich um das konsequente Herstellen europäischer Bezüge auch in Fächern wie Deutsch, den Fremdsprachen oder Kunst. Zudem stellte die Studie fest, dass die schulische Europabildung stark von dem Interesse und Engagement des einzelnen Lehrers abhängt. Bessere Unterrichtsmaterialien sowie mehr Unterstützung, Motivation und Fortbildung der Lehrerschaft stellen damit wirksame Instrumente dar, um den Beschluss der KMK besser umzusetzen...

Die vollständige Studie finden Sie auf der Webseite der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland:

http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/work_study/eab_studie.pdf.

Ergebnis für Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein bewegt sich im Ländervergleich in der Bewertung im unteren Drittel zusammen mit dem Saarland, Bayern, Bremen und

Mecklenburg-Vorpommern. An dem Lehrplan zeige sich, dass die Entscheidung über Europa im Unterricht bei der Lehrkraft liege, heißt es in der Studie. Der Beschluss der Kultusministerkonferenz sei nicht adäquat umgesetzt. Zwar komme Europa als Thema vor, wenn die Lehrer es auswählten, aber nicht als Bezugspunkt bei der Behandlung anderer politischer, sozialer und ökonomischen Themen – zumindest soweit der Lehrplan es ausweise. Im Europa-Zeugnis für den Politikunterricht in der Sekundarstufe II wur-

de Schleswig-Holstein daher die Note 3 ausgestellt.

Beim Lehrplanvergleich für Europa im Deutschunterricht der Sekundarstufe I bekam Schleswig-Holstein, wie die meisten anderen Bundesländer auch, nur die Note 4. Hier liegen Sachsen und Sachsen-Anhalt vorne, denen jeweils die Note 2 attestiert wurde. Die Lehrplananalyse Englisch ergab für Schleswig-Holstein die Note 3. Hier glänzten die beiden Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt mit einer 1, weitere 3 Länder wurden mit der Note 2 bewertet.

„Nürnberger Erklärung:“ Ziele der deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich nachwachsender Rohstoffe als Chance für den ländlichen Raum

In den Schlussfolgerungen der EU-Präsidentschaftskonferenz zu nachwachsenden Rohstoffen ("Fuelling the Future"), die am 6. März in Nürnberg zu Ende ging, hoben die über 250 Teilnehmer aus 25 EU-Mitgliedstaaten die Bedeutung der nachwachsenden Rohstoffe hervor und präzisierten den Handlungsbedarf für deren weiteren Ausbau in der EU wie folgt:

1. Anspruchsvolle Ziele beim Ausbau der erneuerbaren Energien festlegen

- Im Jahr 2020 sollen in der

Europäischen Union mindestens 20 % des Primärenergieverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt werden.

- Im Jahr 2010 sollen in den Mitgliedstaaten mindestens 5,75 % der Kraftstoffe biogenen Ursprungs sein, im Jahr 2020 soll der Anteil verbindlich mindestens 10 % betragen.

Dazu sind die geltenden Beimischungsgrenzen für Biokraftstoffe auf europäischer Ebene anzuheben. Im Rahmen der Novellierung der Kraftstoffqualitätsrichtlinie müssen die

Voraussetzungen für höhere Beimischungsquoten (B10 und E10) geschaffen werden. Die Automobilindustrie wird aufgefordert, diesen Prozess durch passende technische Lösungen zu begleiten.

- Die EU-Kommission wird aufgefordert, Vorschläge für einen EU-Rahmen zur Förderung der Wärme- und Kälteerzeugung aus erneuerbaren Energien vorzulegen.

2. Brachliegende Potenziale nachwachsender Rohstoffe erschließen

- Biogene Reststoffe müssen verstärkt der bioenergetischen Nutzung zugeführt werden.
- Die obligatorische Flächenstilllegung ist nicht mehr zeitgemäß und muss auf EU-Ebene beendet werden.

3. Den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen nachhaltig gestalten

- Auch die Erzeugung importierter Biomasse darf nicht zur Zerstörung wertvoller Lebensräume führen.
- Die EU-Kommission wird aufgefordert, Vorschläge für ein effizientes und WTO-konformes Zertifizierungssystem für die Erzeugung und den Import von nachwachsenden Rohstoffen zu entwickeln.

- Die dezentrale Nutzung nachwachsender Rohstoffe bietet besondere Chancen für ländliche Räume. Die Mitgliedstaaten sollten dabei den vorhandenen Förderrahmen innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik nutzen.

4. Innovative Technologien voranbringen

- Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe muss ökonomisch effizient und gleichzeitig ökologisch effektiv erfolgen, um eine ausgewogene Entwicklung zu gewährleisten.
- Forschung, Entwicklung und Demonstration zu innovativen Technologien sind deshalb zentrale Aufgaben. Die Technologieplattformen auf europäischer Ebene werden ausdrücklich begrüßt, da eine Vernetzung hier essentiell ist.
- Besondere Anstrengungen sind erforderlich, um Kraftstoffen der 2. Generation und der Einspeisung von Biogas in Gasnetze zum breiten Markteintritt zu verhelfen.

5. Die industrielle Nutzung nachwachsender Rohstoffe ausbauen

- Die KOM wird aufgefordert, auch einen Biomasseaktionsplan für die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe zu erarbeiten.

Europaweites Beratungsnetzwerk „Eurojus“ gibt Antworten auf Rechtsfragen

Das europaweite Beratungsnetzwerk „Eurojus“ richtet sich an all jene Bürger, die Fragen zum Gemeinschaftsrecht und dessen Anwendung im nationalen Recht haben. In Deutschland wird der Eurojus Service auch „Bürgerberater“ genannt. Die Bürgerberaterin bei der Vertretung der Europäischen Kommission ist Claudia Keller. Sie gibt Informationen und Rechtsauskünfte insbesondere zu Themen wie:

- Umzug innerhalb der EU
- Anerkennung von Berufsabschlüssen und Diplomen
- Soziale Sicherheit (Arbeitslosigkeit, Krankenversicherung, Renten, Familienleistungen)
- Recht zu arbeiten und Aufenthaltsrecht in anderen Mitgliedstaaten der EU
- Führerscheinregelungen
- Verbraucherschutz
- Gleichbehandlung nach dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG)
- Rechtsschutz in der EU
- Erweiterung der EU

Der Eurojus Service ist kostenlos und steht jedem Bürger offen. Bei Fragen zum nationalen Recht oder

Fragen zum Internationalen Privatrecht kann er jedoch nicht weiterhelfen. Ebenso wenig kann er anwaltliche Hilfe und die Beratung bei einer Klageeinreichung ersetzen.

Kontakt

Adresse

Claudia Keller, Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland
Unter den Linden 78, 10117 Berlin
Tel.: 030/2280-2450 (nur freitags),
Fax: 030/2280-2880, E-Mail: eu-debuergerberater@cc.europa.eu

Die Bürgerberaterin informiert und berät in eigener Verantwortung. Die Europäische Kommission übernimmt keine Haftung für die Auskünfte.

Sie können Claudia Keller per Telefon, E-Mail oder schriftlich kontaktieren. Zudem hält sie Sprechstunden in den Vertretungen der Europäischen Kommission in Deutschland ab (freitags 9.00 bis 16.30 Uhr). Für eine persönliche Beratung ist eine Anmeldung erforderlich. Bitte geben Sie bei Anfragen stets Namen, Adresse, Telefonnummer und, falls vorhanden, Ihre E-Mail-Adresse oder Faxnummer an.

Fotowettbewerb: Europäisches Lebensgefühl

Wie sehen junge Leute ihr Leben in Europa? Was ist europäisch? Gibt es ein europäisches Lebensgefühl?

Die Plattform Youthphotos.eu ist mit einem Fotowettbewerb an den Start gegangen. Fotografen unter 27 Jahren können sich jetzt auf die Suche nach Motiven machen. Gesucht werden Bilder, die Europa aus der Sicht von Jugendlichen zeigen. Sowohl

Einzelfotos als auch Fotoserien sind möglich. Zu gewinnen gibt es ein Canon EOS Kamera Kit, eine Recherchefahrt nach Zypern und verschiedene Softwarepakete. Die Europäische Kommission unterstützt den Wettbewerb. Bis zum 31. Mai können hier Wettbewerbsbeiträge hochgeladen werden: www.youthphotos.eu.

Ausschreibung Jugend für die Welt

Im Rahmen des Programms „Jugend in Aktion“ ruft die Eu-Kommission auf, Vorschläge für die Zusammenarbeit mit Jugendlichen einzureichen, die aus Staaten kommen, die nicht Nachbarstaaten der EU sind. Fördermittel von insgesamt 2,3 Millionen Euro stehen bereit für Ju-

gendbildung, Erfahrungsaustausch und zum Aufbau dauerhafter Netzwerke zwischen internationalen Jugendorganisationen.

Einreichfrist: 31.5.2007

Weitere Informationen: http://eacea.ec.europa.eu/youth/calls2007/index_en.htm



LITERATURTIPPS

Rechtsformen für die übergemeindliche Zusammenarbeit zur gesamtheitlichen Gebietsentwicklung

Die Broschüre umfasst 111 Seiten und enthält diverse Beiträge aus Theorie und Praxis zur gleichnamigen Tagung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Gemeindetag am 20. Juli 2006

in Neustadt a.d. Aisch.

Bezugsquelle: Bayerische Akademie Ländlicher Raum e. V., Posener Str. 55, 81929 München, Telefon-Nr. 089 2182-2332 oder www.akademie-bayern.de, Preis: 8 Euro

Neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum – Von Utopien zu realen Taten!

Die Broschüre umfasst 71 Seiten und enthält diverse Beiträge aus Theorie und Praxis zur gleichnamigen Tagung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Landbaus der TU München-Weihenstephan am 26.

April 2006 im Freilichtmuseum Glentleiten.

Bezugsquelle: Bayerische Akademie Ländlicher Raum e. V., Posener Str. 55, 81929 München, Telefon-Nr. 089 2182-2332 oder www.akademie-bayern.de, Preis: 8 Euro

Dorf vital – So werden unsere Dörfer fit für die Zukunft

Bericht über ein Aktionsprogramm zur ländlichen Entwicklung in Bayern.

Rezension:

Man nehme ... mindestens zehn interessierte Leute, ein klares Ziel, einen engagierten Bürgermeister als Motor, fachliche Betreuung, z. B. durch das Amt für Ländliche Ent-

wicklung oder engagierte Partner ... und würze ... mit vielen guten Ideen, einer Prise Ehrgeiz ... füge hinzu ... eine Menge Zeit, das nötige Geld ... koche es ... auf großer Flamme bei viel Idealismus und Engagement ... und serviere mit ... Spaß und Unterhaltung. So gelingt es einem Dorf in Flughafennähe genauso, seine

Identität zu bewahren, wie einem fern von Verkehrs- und Entwicklungsachsen liegenden Dorf, seine Vitalität zu verbessern. Unabhängig davon sind aber zwei Aufgaben in allen Dörfern stets gleich aktuell:

Erstens – was tun mit vorhandener oder künftiger leer stehender Bausubstanz, vielfach in der Dorfmitte, meist ortsbildprägend oder sogar denkmalgeschützt? Zweitens – wie bleibt die Mitte des Dorfes vital? Um die Innenentwicklung in den Dörfern Bayerns zu fördern, hat das Bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten im Rahmen der Dorferneuerung das Aktionsprogramm Dorf vital ins Leben gerufen.

Letztes Jahr wurde dazu in Bayern ein Wettbewerb ausgelobt. Die Ergebnisse des Wettbewerbs dokumentiert eine 48-seitige Broschü-

re mit 86 Bildern. Patentrezepte oder Planungskonzepte werden natürlich nicht geliefert, dafür aber ein ganzer Strauß an Ideen.

Die Dokumentation liest sich leicht und ist erfrischend konkret; sie macht Lust, bei den genannten Ansprechpartnern genauer nachzufragen. Sie ist tatsächlich die von den Wettbewerbsinitiatoren beabsichtigte Ideensammlung mit Impulsgeberfunktion für vitale Dörfer – nicht nur – in Bayern.

Die Dokumentation ist kostenlos erhältlich beim Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten, Abteilung Ländlicher Raum und Landesentwicklung, Ludwigstraße 2, 80539 München, Telefon: 089 2182-2336, Poststelle@stmlf.bayern.de; www.landesentwicklung.bayern.de

50 Fragen an die Bürgerberaterin: Neue Broschüre zum Thema Europa im Alltag

Das Flugzeug ist weg, aber ich stehe immer noch hier – welche Rechte habe ich? Wie finde ich Arbeit in einem anderen EU-Mitgliedstaat? Ich habe während des Urlaubs ein Gerät gekauft, jetzt funktioniert es nicht – was kann ich tun?

Das Leben der Menschen in Deutschland wird immer europäischer, und damit gibt es neue Fragen. Eine Broschüre der deutschen Kommissionsvertretung beantwortet die

gängigsten von ihnen. PDF-Download unter http://ec.europa.eu/deutschland/service/legal_questions/index_de.htm

Bestellung der Broschüre über das EUROPE DIRECT-Forum für ländliche Entwicklung Schleswig-Holstein, Carlstraße 169, 24537 Neumünster, Telefon: 04321 9071-51 oder europa-direct@alr-sh.de

EU für Kinder: „Euro-Galoppo auf Entdeckungsreise“ in Brüssel

Wer kümmert sich in der EU um Tiere? Sind EU-Kommissare Polizisten?

Mit diesen und weiteren Fragen im Gepäck sandte der Niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff „Eurogaloppo auf Entdeckungsreise“. Kindgerecht wird aus der Perspektive des Europäischen Parlaments, des Rates, der EU-Kommission, des Europäischen Wirtschafts-

und Sozialausschusses und des Europäischen Ausschusses der Regionen die Funktionsweise der EU-Organen erklärt.

Der Eurogaloppo bietet viele Aktionen direkt im Internet, ist aber auch als pdf-Datei herunterzuladen unter: <http://www.eiz-niedersachsen.de/eurogaloppo-2007.html>

Kühe sind nicht lila! Kinderbücher zum Thema Natur und Umwelt Leseempfehlungen der Stiftung Lesen

Die Stiftung Lesen ist eine Ideenwerkstatt für alle, die Spaß an Lesen vermitteln wollen. Seit 1988 entwickelt sie zahlreiche Projekte, um das Lesen in der Medienkultur zu stärken: von Schulkampagnen über Buchhandelsaktionen bis hin zu Forschungsstudien. Dafür hat sie viele Medienpartner und Kultursponsoren gewonnen. Traditionell steht die Stiftung Lesen unter der Schirmherr-

schaft der Bundespräsidenten. Die Leseempfehlungen der Stiftung Lesen werden als Orientierungshilfe von unabhängigen Fachleuten erarbeitet.

Bezugsquelle: Stiftung Lesen, Römerwall 40, 55131 Mainz, Telefon: 06131/28890-0 oder im Internet unter www.Stiftunglesen.de.

Veranstaltungsdokumentationen der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. :

Die Dokumentationen verschiedener Veranstaltungen seit Oktober 2005 finden Sie im Internet unter

www.alr-sh.de in der „Infothek“ zum Herunterladen.



Prof. Dr. Ulf Hahne:

Vom Rand der Verantwortungsgemeinschaft. „Ländliche Räume und die Neubewertung des Gleichwertigkeitsziels der Lebensverhältnisse in Stadt und Land.“

Der Beitrag beruht auf einem Vortrag, den der Autor auf der Herbsttagung 2006 der Agrarsozialen Gesellschaft in Göttingen gehalten hat. Die vollständige Fassung des Vortrags ist in der dortigen Schriftenreihe in Heft 147 veröffentlicht.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilräumen – ist dies noch ein gesellschaftlich breit getragenes Ziel in Deutschland? Die Debatte darum wird immer intensiver geführt und geht vor allem ländliche Räume abseits der Metropolen an, denn um ihre Zukunftsaussichten und Unterstützungsmöglichkeiten wird dabei unter Hinweis auf die veränderten Rahmenbedingungen gerungen.

Ein kräftiger Schub wurde der Debatte durch die neuen „Leitbilder der Raumentwicklung“¹ verliehen, welche von der Ministerkonferenz für Raumordnung am 30. Juni 2006 verabschiedet wurden. In diesen Leitbildern wird besonders die Rolle der Metropolen als den Kernräumen

wirtschaftlichen Wachstums unterstrichen. Von diesen ausgehend sollen dann Entwicklungsimpulse auch den entfernteren ländlichen Räumen zugute kommen. So könnten sich die peripheren ländlichen Räume bei oberflächlicher Lektüre dieser Leitbilder zufrieden zurücklehnen, werden sie doch als Teil einer „großräumigen Verantwortungsgemeinschaft“ verstanden und dürften von den Segnungen der Metropolkerne dieser neuen Verantwortungsgemeinschaft profitieren. Periphere ländliche Räume sollen demnach einer großen Metropolregion angehören, die sich zu ihrer Verantwortung für alle Teilräume bekennt – also nicht nur Verantwortung für den Kern und sein Umland, sondern auch für die entfernten ländlichen Räume.

Ganz so idyllisch sind jedoch weder die Realität noch der wahre Impetus der Leitbilder, denn der Rand der Verantwortungsgemeinschaft, also der abgelegene ländliche Raum, ist eher ungeliebt:

- Er ist teuer, weil seine Infrastrukturaufwendungen je Kopf größer sind als in Ballungsräumen.
- Seine Wachstumsbeiträge für die Gesamtwirtschaft sind eher schwach – und darauf kommt es doch im Hinblick auf das Lissabon-Ziel^{III} an.
- Seine ökologischen Werte sind nicht monetarisierbar (wenn man von touristischen Gegenden absieht).

Es ist deshalb kein Wunder, dass im Zuge des gesellschaftlichen Wandels auch die Rolle und Funktion ländlicher Räume neu überdacht wird. Die Diskussion um ein verändertes Staatsverständnis, die Verschiebung der Gewichtung vom Wohlfahrts- zum Gewährleistungsstaat, die Ausrichtung auf Beiträge zum (wirtschaftlichen) Wachstum stellt auch die Frage nach den Ansprüchen an ländliche Räume und ihrer strukturschwächsten Teile. Und nicht nur hinter vorgehaltener Hand wird dabei das bisherige Raumverständnis mit dem tragenden Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse hinterfragt, sondern offen formuliert: „Gleichwertigkeit ist der Geist der alten BRD“.

Neue Leitbilder der Raumentwicklung

Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung verstehen sich als Reaktion auf diesen gesellschaftlichen Wandel und sind mit einem klaren Auftrag versehen worden: „Die Raumentwicklungspolitik von Bund und Ländern muss einen Beitrag zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwäche und zur Entwicklung der Wissensgesellschaft leisten.“^{III} Das resultierende Leitbildpapier bietet nun neue Interpretationen der räumlichen Muster und neue Perspektiven für die Teilräume in Deutschland an.

Es lohnt sich immer, derartige Papiere sehr genau zu lesen. Politisch-strategische Leitbilder sind Zeitspiegel gesellschaftlicher Lesarten. Und hier fällt als Neuerung besonders die Einteilung der Räume auf, mit den sich die Raumentwicklung in Deutschland befassen sollte. Wörtlich heißt es zunächst: „Der Heterogenität der Räume muss wie bisher über entsprechend differenzierte Politikansätze zur Förderung strukturschwacher Regionen, ländlicher Räume oder Metropolregionen Rechnung getragen werden“^{IV}. Also bleibt alles beim Alten?

Keineswegs, denn dies passt mit der neuen flächendeckenden Abgrenzung der Metropolregionen unter Einschluss der ländlich-peripheren

Gebiete nicht zusammen. War die Metropolregion Hamburg bislang ein Gebiet der Gebietskörperschaften rund um Hamburg und entlang der Unterelbe, so zählen in der neuen Lesart (siehe Karte) ganz Schleswig-Holstein und weite Teile von Mecklenburg-Vorpommern zum Metropolraum Hamburg. Diese großräumigen Gebiete sind die neuen „Verantwortungsgemeinschaften zwischen Zentren, Umland und Peripherie“. Zwar sollen alle Teilräume dieser Verantwortungsgemeinschaften befähigt werden, ihren Beitrag zu Wachstum und Entwicklung entsprechend ihrer Stärken leisten, Motto: Stärkung der Stärken. Doch dazu können nach Auffassung der Leitbilder einige Teilräume mehr beitragen als andere.

Metropolenorientierung

Dezidiert nehmen die Leitbilder Stellung zu dem Raumtyp, der nach Auffassung der Ministerkonferenz am meisten zur wirtschaftlichen Entwicklung des Gesamttraums beitragen könne: „Metropolregionen sind Motoren der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung.“^{vi} Im Vorläuferpapier heißt es ebenfalls deutlich: „Die Überwindung der gesamtwirtschaftlichen Schwäche steht im Zentrum des Leitbilds. Und die wird nicht von den Rändern her geleistet werden können, sondern muss vor allem in den Zentren ansetzen.“^{vi}

Und dies führt uns mitten hinein in den Kern des Problems: Mit der Metropolorientierung und Ausrichtung auf das Lissabon-Ziel wird eine großräumige Umverteilung vorgeschlagen, die gedanklich durch das Infragestellen des Gleichwertigkeitsziels unterstützt wird. Den bekanntesten Anstoß zum Nachdenken über das Gleichwertigkeitsziel hat Bundespräsident Köhler in einem viel beachteten Passus seines Sommerinterviews 2004 vorgetragen. Auf die Frage nach der industriellen Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns antwortete Köhler: „Solche Prognosen kann niemand seriös abgeben. Aber unabhängig davon gab und gibt es nun einmal überall in der Republik große Unterschiede in den Lebensverhältnissen. Das geht von Nord nach Süd wie von West nach Ost. Wer sie einebnen will, zementiert den Subventionsstaat und legt der jungen Generation eine untragbare Schuldenlast auf.“^{vii}

Infragestellung des Gleichwertigkeitsziels

Die damit eingeleitete Diskussion um das Staatsverständnis hat insbesondere das räumliche Ausgleichsziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Frage gestellt. In der Folge hieß es:

- Das Ziel sei nicht mehr „problemadäquat“.^{viii}

- Es sei gar ein „Reformhinder-
nis“.^{ix}
- Eine Tagung titelte „Wachsen +
Schrumpfen = Spalten“.^x
- Und die ZEIT verfasste einen
Beitrag mit der Überschrift
„Bildung nach Postleitzahl“?^{xi}

Der fiskalpolitische Verteilungs- kampf als Kern

Sicher lässt sich über rechtliche Aspekte des Gleichwertigkeitsziels, sein Verhältnis zum Nachhaltigkeitsziel oder seine Verbindlichkeit trefflich, doch sind dies eher Nebenschauplätze im Vergleich mit dem Kern der fiskal- und regionalpolitischen Konsequenzen der neuen Leitbilder. Denn mit den Aussagen zur räumlichen Ausgestaltung der künftigen Förderpolitik wird die gesamte bisherige Finanzverteilung in Frage gestellt. Der Gedanke der Gleichwertigkeit der Lebenschancen liegt ja nicht nur dem kommunalen Finanzausgleich in den einzelnen Ländern zugrunde, sondern bestimmt auch den Länderfinanzausgleich. Ebenfalls beruht die regionale Wirtschaftspolitik auf dem Prinzip, die strukturschwächsten Regionen zu unterstützen, damit diese den Anschluss an die Gesamtentwicklung erzielen können. Der Sozialstaatsaspekt des räumlichen Gleichwertigkeitsziels wird damit in konkrete raumpolitische Förderpolitik umgesetzt.

Zu diesen räumlichen Finanztransfers hat nun ein neues Gutachten zur „Bedeutung finanzieller Ausgleichssysteme für die Raumordnung“ die bundesdeutschen Kreise anhand dreier Transferströme in Geber- und Nehmerregionen eingeteilt. Die betrachteten drei Transferströme beinhalten den Länderfinanzausgleich, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und die aktive Arbeitsmarktpolitik. Das Ergebnis der Untersuchung ist nicht verwunderlich: Die neuen Bundesländer, Berlin, weite Teile Norddeutschlands und einige Regionen in Rheinland-Pfalz und dem Saarland sind reine Nehmerregionen. Die politischen Implikationen dagegen bergen Sprengstoff: Eine solche Darstellung brandmarkt natürlich die Nehmerregionen als unwirtschaftlich und kommt allen Kritikern des Länderfinanzausgleichs und anderer Transfersystem mit hoher Nivellierungswirkung wie gerufen. Die Metropolitendiskussion erfährt dort ihren konkreten Niederschlag, wo es um künftige Förderpolitik und die Zukunft räumlicher Finanztransfers geht.

Und nicht nur in Deutschland ist diese Diskussion entbrannt, sondern – fast noch heftiger – in der Schweiz, wo sogar die gesamte föderale Ordnung mit dem Hinweis auf die finanzschwachen und verwaltungstechnisch ineffizienten, kleinen

Urkantone in Frage gestellt wird. In diesem Zusammenhang steht in der Schweiz ebenfalls die Neuausrichtung von Berggebietsförderung und Regionalpolitik, die sich mit ähnlichen Forderungen aus dem Bereich der Metropole „Stadt Schweiz“ konfrontiert sieht.

Zum Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Diese Herausforderungen an den Solidaritätsgedanken haben in Deutschland zu einer intensiven Debatte um das verfassungsrechtlich verankerte Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse geführt. Das Ziel findet sich explizit in grundlegenden Gesetzen mit folgenden Bezeichnungen:

- „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ (Art. 72, 2 GG)
- „gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen“ (§ 1, 2 ROG).

Vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung wurde das Ziel im Grundgesetz 1994 neu gefasst, indem die bis dahin geltende Formulierung von der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ zur „Gleichwertigkeit“ verändert wurde. Damit wurde der nivellierende Einheitlichkeitsgedanke („Geist der alten Bundesrepublik“?) aufgegeben zugunsten des relativen Begriffs der Gleichwertigkeit, der unterschiedliche Qualitäten

andeutet und damit realen Unterschieden der räumlichen Bedingungen Rechnung trägt. Auch wurde mit der Formulierung klar dargelegt, dass es nicht um Nivellierung geht.

Nachfolgend wurde auch das Raumordnungsgesetz geändert. Seit 1998 ist die Gleichwertigkeit zwar weiter im Zielkatalog des ROG vorhanden, aber als neues Leitziel fungiert nun die nachhaltige Raumentwicklung, das Gleichwertigkeitsziel wurde zu einem Unterziel mit gleichem nominellen Rang wie auch die wirtschaftliche Entwicklung.^{xv}

Die neuerliche Debatte lässt nun zwei Strategien eines zeitbedingt angepassten Umgangs mit dem Gleichwertigkeitsziel zu:

- Auffassung 1: Aufgabe des Ziels
- Auffassung 2: Neuinterpretation des Ziels unter Beachtung des
 - wirtschaftlichen,
 - politischen,
 - demographischen und
 - technischen Wandels.

Aufgabe des Ziels

Eine Reihe von Interpretationen, welche die Aufgabe des Ziels fordern, setzt alte Debatten fort und heizt sie mit Missinterpretationen an:

„Gleichwertig“ heißt nicht „gleich“ oder „einheitlich“. Dies ist eine Binsenweisheit, die immer wieder von denen gern betont wird, welche mögliche Ansprüche benachteiligter

Regionen und Personengruppen damit zurückweisen wollen. Eine Wiederholung der Debatte der 90er Jahre ist unnötig, da das Grundgesetz 1994 entsprechend novelliert wurde.

Eine zweite Missinterpretation stellt Forderungen nach Gleichwertigkeit auf, die auf Outputindikatoren beruht und Forderungen stellt wie:

- „Gleiche Beschäftigungsmöglichkeiten“ oder

- „Gleiche Einkommenschancen“.

Derartige Forderungen sind ebenfalls abwegig, denn Wachstum und Entwicklung sind immer mit Wandel und Disparitäten verbunden. Eine Nivellierung ist in einer freien und auf Wettbewerb beruhenden Gesellschaft unproduktiv. Differenz ist zudem eine wichtige soziale Lebensäußerung.^{xvi}

Gleichwertigkeit ist dagegen ein Ziel unseres Gesellschaftsvertrages, das den Zugang zur Teilhabe ermöglichen möchte, also nicht das Ergebnis nivelliert, sondern gute Ausgangschancen für möglichst viele eröffnet. Entwicklung besteht in diesem Verständnis darin, die Wahlmöglichkeiten der Menschen auszuweiten und ihnen unabhängig von sozialen und räumlichen Benachteiligungen adäquate Startmöglichkeiten für die Entfaltung ihrer Lebenschancen zu eröffnen.

Neben den genannten Missinterpretationen gibt es auch eine wach-

tumsökonomische Argumentation zur Aufgabe des Ziels (hier folgt eine Lehrbuchargumentation):

- Eine Konzentration auf die Stärken (und starke Regionen) sollte deshalb erfolgen, weil nur diese die Mittel für soziale und sozialräumliche Transfers überhaupt erst erwirtschaften.
- Der Mitteleinsatz in den Kernräumen verspreche größere Erträge als in peripheren Regionen.
- Schließlich setze das Aufgeben von Mitteltransfers in Fördergebiete Mittel frei, um die wettbewerbsfähigen Regionen noch besser aufzustellen, so dass dort höhere Erträge erwachsen, die die Gesellschaft insgesamt reicher machen. Und davon würden letztlich alle profitieren...

Gegenargumente

Dazu gibt es grundlegende Gegenargumente, die sogar aus der Ökonomie selbst stammen. Denn die skizzierte wachstumsorientierte Regionalpolitik setzt ein Zukunftswissen voraus, das gar nicht vorhanden ist. Woher soll man wissen, dass eine jetzt schwache Region nicht künftig auch erhebliche Beiträge leisten oder Innovationen hervorbringen kann?

Man kann diesen Schleier des ungewissen Zukunftswissens ein wenig lüften, wenn man sich die

Vergangenheit anschaut – und siehe da: Plötzlich schneiden einst strukturschwache Regionen gut ab. Viele Beispiele ließen sich finden^{xvii}, nur zwei seien hier angeführt: Im Landkreis Cham in Bayern war vor zwanzig Jahren fast jeder Zweite arbeitslos und heute sind es weniger als 5 % der Erwerbsspersonen. Und im industrieschwachen Mecklenburg-Vorpommern gelingt Wismar ein neuer Aufschwung mit der Entwicklung eines Holzclusters.

Eine zukunfts offene Ökonomie ist daher gut beraten, ihre nicht-metropolitanen ländlichen Regionen nicht einfach abzuschreiben. Diese prospektive Komponente ist u.a. dem Ziel des Disparitätenausgleichs zu verdanken.

Das gilt auch für die Talente, die vielfach in ländlichen Regionen aufwachsen – man denke an Sportler, Kulturschaffende oder auch an Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich durchaus an ihren Standorten behaupten und als heimliche Champions auch vom ländlichen Raum aus global erfolgreich agieren (man denke an die Windkraftbranche in Nord- und Ostfriesland). Also taugt nicht einmal die Ökonomie, um das Ziel der Gleichwertigkeit aufzugeben.

Ferner lassen sich auch erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen ein Aufgeben des Ziels anführen: So ist das Gleichwertigkeits-

ziel ein abgeleitetes Staatsziel (Art. 72 GG) und folgt aus dem grundlegenden Sozialstaatsgebot (Art. 20 GG). Dem Bürger werden nicht nur im Grundgesetz (Art. 87 GG), sondern auch in der EU (Art. 16 EG-Vertrag) definierte „Dienste von universalem Interesse“ garantiert, die jedem Bürger zugänglich sein sollen.

„Für alle zugänglich“ heißt dreierlei:

- für alle Bevölkerungsschichten,
- in allen Regionen
- und ebenfalls für künftige Generationen.

Leistungen der Daseinsvorsorge sind ein Schlüsselement des europäischen Gesellschaftsmodells. Der in den EG-Vertrag eingefügte Artikel 16 bestätigt ihre Stellung innerhalb der gemeinsamen Werte der Union und ihre Rolle bei der Förderung von sozialer und territorialer Kohäsion.^{xviii}

Die territoriale Kohäsion ist zudem als Zielfestsetzung an prominenter Stelle des EU-Verfassungsentwurfes aufgenommen worden (Artikel I-3 Ziele der Union): „(3) Die Union wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas (...) hin. (...) Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.“ Wenn aber auf europäischer Ebene die räumliche Komponente prominent verankert

wird, kann in Deutschland das Gleichwertigkeitsziel schlecht aufgegeben werden.

Neuinterpretationen

Zweifellos stellen staatliche Regeln keine fixen Normen dar, sondern bedürfen von Zeit zu Zeit Anpassungen an die Veränderung der gesellschaftlichen Realitäten. Dies gilt auch für die materiellen Normen, welche gleichwertige räumliche Zugangschancen sichern. Gleiche Teilhabemöglichkeit ist ein Versprechen der Demokratie – und das bedeutet: Gleichwertiger Zugang zu Bildung, Gesundheit und Information.

Gleichwertigkeit im Sinne der Chancenorientierung bedeutet die Sicherung der Mindestversorgung in der technischen und sozialen Infrastruktur. Hier macht der vielfach eingeforderte Gewährleistungsstaat Sinn. Und auch das Grundgesetz kennt nicht nur die Formel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, sondern auch weitere Gewährleistungsnormen: Der Bund gewährleistet, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, Rechnung getragen wird (Art 87 e Abs. 4 Eisenbahnverkehr). Ferner: Nach Maßgabe eines Bundesgesetzes, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, gewährleistet der Bund im Bereich des Postwesens und der Telekommunikation flächendeckend angemessene und

ausreichende Dienstleistungen (GG Art 87f).

Schließlich ist auf die Raumplanung zu verweisen, die Dichte und Ausstattungsnormen des Zentrale-Orte-Systems als raumstrukturelles Grundgerüst der gebündelten Versorgung mit öffentlichen Diensten bereithält. Auch diese Normen müssen wachsenden und schrumpfenden Bevölkerungszahlen, Altersstrukturveränderungen und gesellschaftlichen wie technischen Veränderungen gemäß immer wieder überprüft und angepasst werden. So haben gerade ländliche Regionen in den letzten Jahren zeigen können, wie eine Flexibilisierung der Grundversorgung durch

- Standortkonzentration
- multifunktionale Lösungen
- temporäre Lösungen
- mehrseitige Mobilität
- Nutzung technischer Lösungen
- ehrenamtliches Engagement

zu einem akzeptablen Aufrechterhalten der Grundleistungen beitragen kann.

Zeit- und bedarfsgerechte Lösungen sind dabei besser als Beton (und Schulden) für Jahre! Schleswig-Holstein kennt z.B. im Grundschulbereich derartige Lösungen schon lange: So werden auf den kleineren Halligen je nach Bedarf Schulklassen bzw. dadurch auch ganze Schulen eröffnet oder wieder geschlossen.

Auch im Kindergartenbereich kennen kluge Gemeinden, Ämter und Städte längst das temporäre Anschwollen von Kinderzahlen aufgrund der Belegung von Baugebieten. Sie wissen, dass häufig nur für wenige Jahre ein erhöhter Bedarf für eine zweite oder dritte Kindergarten-Gruppe vorhanden ist. Dies lässt sich leicht durch Kooperation mit anderen nahe gelegenen Einrichtungen wie Schule, Altenheim, Verwaltung oder durch einfache Anmietung eines Wohncontainers auffangen, ohne dass ein Neubau notwendig wird.

Dünnst besiedelte Regionen erfordern daher besondere Aufmerksamkeit. In ihnen macht auch ein starres, an Entfernungskriterien orientiertes Zentrale-Orte-System keinen Sinn. Es muss ersetzt werden durch flexible Lösungen, etwa mit Bring- und Holddiensten und Bündelungen in bestehenden Stabilisierungskernen oder fallweise auch in neuen Mittelpunkten. Die jüngere Forschung wie die vielfältigen praktischen Versuche – von Telemedizin über die schleswig-holsteinischen Markttreffs bis zu ehrenamtlichen Diensten wie den Bürgerbussen – zeigen die Vielfalt möglicher Lösungen für diesen Regionstyp auf.^{xix}

Mindeststandards und Erreichbarkeit

Der Autor sieht drei Kernbereiche für Gleichwertigkeit (wenn man von

grundlegenden Dingen wie Rechtssicherheit, persönliche Sicherheit, Währungseinheit etc. absieht):

- schulische Grundbildung
- medizinische Grundversorgung
- Kommunikation.

Die Notwendigkeit der Überprüfung und Anpassung gesetzlicher und anderer regulativer Normen – auf Länder- wie auf Bundesebene – ist dabei unbestreitbar. Gleichwohl gilt es bei Änderungen aufzupassen, dass sich die Bedingungen peripherer Regionen nicht schleichend weiter verschlechtern. So führen die Privatisierungen von Post und Telekommunikation immer wieder zur Hinterfragung der Formel der „flächendeckend angemessenen und ausreichenden“ Versorgung (§ 1 PostG; § 1 TelekommunikationsG). Im Zuge der Privatisierung der Post zum 1.1.2008 wird auch die Postuniversaldienstleistungs-Verordnung bis zum Ende des Jahres 2007 überarbeitet werden. Schon jetzt hat die Deutsche Post angekündigt, die dort enthaltenen Mindestkriterien verändern zu wollen.^{xx}

Im Bereich der Telekommunikation leiden ländliche Gebiete deutlich unter der schwachen Abdeckung mit schnellen Breitbandanschlüssen (DSL-Anschlüsse), wie der Breitbandatlas 2006 belegt. Eine neue Hoffnung zur Überwindung dieser strukturellen Benachteiligung in der Datenkommunikation (mit allen

Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Gebiete: Was nützt ein ökologisches Gewerbegebiet ohne DSL-Anschluss?) können nun Funkfrequenzen bieten. Die Bundesnetzagentur hat dazu im Herbst 2006 eine Versteigerung der Funklizenzen für drahtlose Breitbandnetzwerke (WLAN-Technik) durchgeführt. Dazu wurde die Bundesrepublik in 16 Regionen aufgeteilt und für alle Großregionen wurden Lizenznehmer gefunden – allerdings müssen diese die Fläche nicht vollständig abdecken, sondern nur zu einem bestimmten Prozentsatz der Gemeindezahl. Man kann sich vorstellen, wo die Funknetze zuerst ausgebaut werden... Allerdings ist der Breitbandzugang keine Universaldienstleistung im Sinne § 78 Abs. 2 TKG.

Nebenbei: Die Lösung Funknetze statt leitungsgebundener Infrastruktur ist ein Hinweis darauf, wie durch technische Entwicklung gesetzliche Vorgaben unzureichend sein können. Gleichwertigkeit ist daher immer auch aus technischen Gründen zeitgemäß neu zu definieren und anzupassen.

Konsequenzen

„Die Wirtschaft kann auf Randregionen verzichten“ – so der Schweizer Verband „Avenir Suisse“^{xxii}. Deutlicher lässt sich kaum ausdrücken, dass die „großräumige Verantwortungsgemeinschaft“ in den neuen

Leitbildern der Raumentwicklung eigentlich nur ein Placebo ist, verabschiedet zur Besänftigung ländlicher und strukturschwacher Räume. Was bleibt? Eine Reduktion ländlicher Räume auf funktionsteilige Zulieferung einzelner Angebote für die zentral gelegenen Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung: Rohstoffe, Ernährung, Energie, Tourismus, Umweltdienste? Hierfür sollen ländliche Räume Verantwortung übernehmen, aber wie ist es umgekehrt?

Das Prinzip „Verantwortung“ lässt grundlegend drei mögliche Arten von Verantwortung zu:^{xxiii}

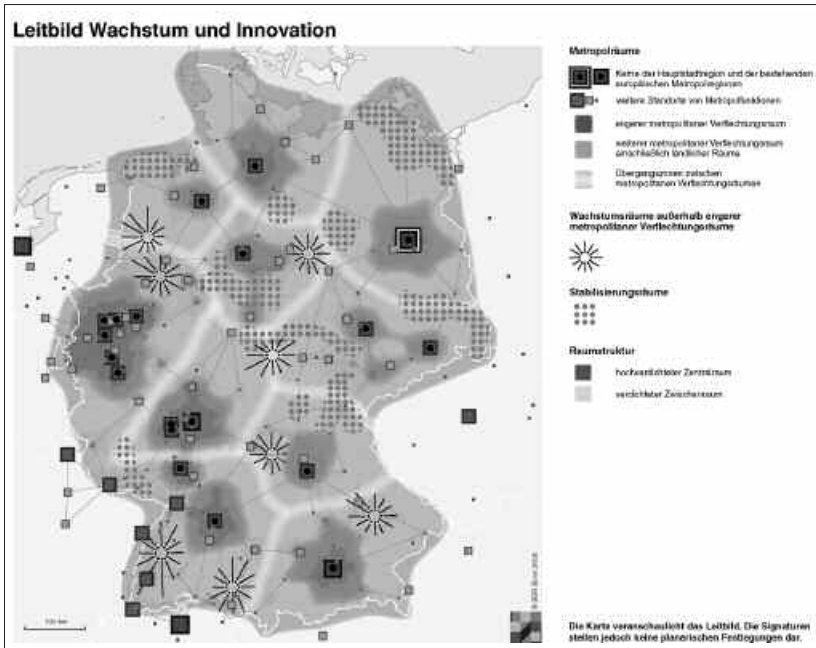
- Freiwillige, „natürliche“ Verantwortung (gegenseitig z.B. beim Bergsteigen)
- Asymmetrische Verantwortung (z.B. in der Erziehung)
- Vertragliche Verantwortung.

Im Falle der Gemeinschaft von Metropolen und Peripherie kann die Peripherie kaum auf die freiwillige Übernahme der Verantwortung durch den Metropolkern setzen. Eine Verantwortungsgemeinschaft setzt eine vertragliche Regelung voraus, eine Art neuen Gesellschaftsvertrag, der peripheren Regionen ein faires Chancenangebot zusichert. Dies wäre eine sinnvolle Alternative, die jedoch wenig realistisch ist, da der Peripherie (bei fehlenden besonderen Ressourcen) die Verhandlungsmacht fehlt, um in eine faire

Verhandlung eintreten zu können. Daher bedarf es auch weiterhin der Rahmensetzung durch den Staat auf Basis des Gleichwertigkeitsziels, welches den territorialen Zusammenhalt sichert.

Bei Berücksichtigung der Kostenwahrheit lässt sich das Argument der „kostenträchtigen Peripherie“ möglicherweise zulasten der Metropolkerne umkehren: Was kostet der Gesellschaft – und aufgrund der Schul-

denmentalität: was kostet künftigen Generationen – die Konzentration der Entwicklungsförderung auf Agglomerationen? Man denke an die hohen ökologischen (Umweltlasten), infrastrukturellen (Reduzierung von Staus) und sozialen (Kriminalität) Kosten der Ballung. Auch von daher bedürfen ländliche Räume weiter der Beachtung und Wertschätzung. Die Wirtschaft kann (vielleicht) auf Randregionen verzichten, die Gesellschaft kann es nicht.



- I 33. Ministerkonferenz für Raumordnung 2006: Leitbilder und Handlungsstrategien der Raumentwicklung in Deutschland. Abgedruckt u.a. in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12.2006, S. 701-724.
- II Der Europäische Rat beschloss im März 2000 in Lissabon das Ziel, die EU bis zum Jahr 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“, Europäischer Rat (Lissabon), Schlussfolgerungen des Vorsitzes. 24/3/2000, Dokument Nr. 100/1/00, hier: Ziffer 5. Im Jahr 2005 erneuerte der Rat diese Vorstellung.
- III Beschluss der 32. Ministerkonferenz für Raumordnung am 28.04.2005 in Berlin.
- IV Ministerkonferenz für Raumordnung 2006: Leitbilder (s. Anm. 1), S. 8.
- V Ebenda, S. 10.
- VI BMVBW u.a. 2005: Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Diskussionspapier, Stand 1.9.2005, S. 29.
- VII Köhler, H. 2004: Sommerinterview. In: Focus 38/2004 vom 13.9.2004, S. 20-24, hier: 23.
- VIII Rommelsbacher, T. 2004, Die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ ist nicht mehr zeitgemäß. Eine Diskussion über Mindeststandards ist notwendig, Fachkommission Stadtentwicklung der Heinrich-Böll-Stiftung.
- IX Burgbacher, E. 2003, Redebeitrag. In: Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, 1. Sitzung vom 7.11.2003, Kommissionsprotokoll 1, S. 16-17, hier: 16.
- X 1. deutsche Studierendenuniversität, Bremen 5.11.2005.
- XI Busse, T. 2005: Bildung nach Postleitzahl. In: DIE ZEIT, Nr. 43 vom 20.10.2005.
- XII Vgl. dazu Hahne, U. 2005: Zur Neuinterpretation des Ziels der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. In: Raumforschung und Raumordnung. 63. (2005), S. 257-265.
- XIII Institut für Wirtschaftsforschung iwH 2006: Bundesstaatliche Ordnung und Bedeutung finanzieller Ausgleichssysteme für die Raumordnung. Halle.
- XIV Vgl. z.B. Verein Metropole Schweiz 2003: Die Schweiz muss neu eingeteilt werden. Zürich
- XV Diese nominelle Gleichordnung der Unterziele wird von einigen Interpreten in Frage gestellt. Insbesondere Bayern vertritt die Auffassung, dass das Gleichwertigkeitsziel ein grundlegendes Staatsziel ist.
- XVI Vgl. z.B. Giddens, A. 2004: Sociology. Cambridge.
- XVII Vgl. z.B. Karten des bundesdeutschen Raumordnungsberichts 2005 zur Wirtschaftsentwicklung auf Kreisebene, wo einstmals strukturschwache Regionen in der jüngeren Betrachtungsperiode zu den wachstumsstärksten Regionen zählen. Ein sehr bekanntes Beispiel stellt das Emsland. Vgl. auch den Zukunftsatlas der Prognos AG 2006, der zuvor im Jahr 2004 unter dem Namen „Stille Stars – Deutschlands unbekannte Wachstumsregionen“ erstmals erschien.
- XVIII Mitteilung der Kommission 2001: Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, C 17/4.
- XIX Vgl. Thrun u.a. 2005, Anpassungsstrategien für ländlich/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. Bonn. BMVBW (Hg.) 2006: Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel. Berlin.
- XX Die PUDL-VO legt u.a. räumliche Kriterien für stationäre Postdienststellen fest: Stationäre Einrichtungen müssen aufweisen: jede Siedlung ab 2.000 Einwohnern, jeder Zentrale Ort, ferner je Fläche von 80 km² in ländlichen Kreisen.
- XXI Breitbandatlas 2006: Atlas für Breitband-Internet des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Rangsdorf.
- XXII Titelschlagzeile der Tageszeitung Die Südostschweiz vom 15.2.2006 unter Bezugnahme auf die Studie von Blöchliger, H. 2005: Baustelle Föderalismus: Metropolitanregionen versus Kantone. Zürich.
- XXIII Vgl. Jonas, H. 1979: Das Prinzip Verantwortung. Frankfurt/M.



ADRESSENVERZEICHNIS DER VERANSTALTER

Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG)
Kurze Geismarstraße 33
37073 Göttingen
Tel.: 0551 49709-0
Fax: 0551 49709-16
E-Mail: karin.schaefer@asg-goe.de
<http://www.asg-goe.de>

Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.
Carlstr. 169
24537 Neumünster
Telefon: 04321 9071-50
Fax: 04321 9071-54
E-Mail: info@alr-sh.de
<http://www.alr-sh.de>

Akademie für Natur und Umwelt des
Landes Schleswig-Holstein
Carlstr. 169
24537 Neumünster
Telefon: 04321 9071-0
Fax: 04321 9071-32
E-Mail:
anmeldung@umweltakademie-sh.de
<http://www.umweltakademie-sh.de>

Akademie Sankelmark / Europäische
Akademie Schleswig-Holstein
Akademieweg
D-24988 Sankelmark
Tel.: 04630/ 55-0
Fax 04630-55-199
E-Mail info@eash.de
<http://www.eash.de>

Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz (BMELV)
Referat 525 – Ländliche Entwicklung
Rochusstraße 1, 53123 Bonn
<http://www.bmelv.de>

Anmeldung Konferenz 24.05.
Magdeburg:
Christel Marxen
m&p: public relations gmbh
Tel.: 02241/93 398-39
Fax: 02241/93 398-33
E-Mail:
christel.marxen@mp-gmbh.de

Bei fachlichen Fragen:
Dr. Claudia Kriehn
Referat 525, BMELV
Tel.: 01888/529-3825
E-Mail: 525@bmelv.bund.de

Christian-Jensen-Kolleg
Kirchenstr. 4-13
25821 Breklum
Telefon: 04671 91120
Fax: 04671 2584
E-Mail:
info@christianjensenkolleg.de

Hermann Ehlers Akademie
Gutlittstr. 3
24106 Kiel
Telefon: 0431 389223
Fax: 0431 389238
<http://www.hermann-ehlers.de>

Naturschutzstation
Eider-Treene-Sorge
Goostroot 1
24831 Bergenhusen
Telefon: 04885 902064
Fax: 04885 902065
E-Mail:
naturschutzstation.ets@t-online.de

Natur- und Landschaftsführerinnen
Schleswig-Holstein e. V.
Veilchenweg 10
24340 Eckernförde
Telefon: 04351 43888
E-Mail:
sh.naturland@freenet.de

Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.
Carlstraße 169
24537 Neumünster

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit beantrage ich die Aufnahme als persönliches/institutionelles*
Mitglied in die Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Name	Vorname	Beruf
------	---------	-------

Privatanschrift:

Straße	PLZ/Wohnort
--------	-------------

Telefon/Fax	E-Mail
-------------	--------

Dienstanschrift:

Straße	PLZ/Wohnort
--------	-------------

Telefon/Fax	E-Mail
-------------	--------

Der Jahresbeitrag beträgt für Privatpersonen	EURO 70,00
für Institutionen	EURO 300,00

Wir bitten um Überweisung auf folgendes Konto:

Akademie für die Ländlichen Räume S.-H. e.V.
Sparkasse Eckernförde
BLZ 210 520 90, Konto Nr. 2 14 44

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------